



Niederschrift 20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Sitzungstermin:	Mittwoch, 02.06.2021
Sitzungsbeginn:	15:04 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	MBS Arena, Olympischer Weg 6, 14471 Potsdam

Anwesend sind:

Fraktion SPD

Herr Pete Heuer	
Herr Uwe Adler	
Herr Daniel Keller	
Herr David Kolesnyk	Teilnahme ab 15:48 Uhr
Frau Babette Reimers	
Frau Grit Schkölziger	Teilnahme ab 15:12 Uhr
Herr Leon Troche	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	
Frau Dr. Sarah Zalfen	
Herr Tiemo Reimann	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Janny Armbruster	Teilnahme ab 15:54 Uhr
Frau Wiebke Bartelt	
Herr Jens Dörschel	
Frau Birgit Eifler	Teilnahme ab 15:44 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	
Frau Saskia Hüneke	
Herr Fabian Twerdy	Teilnahme ab 15:15 Uhr
Herr Dr. Gert Zöllner	
Frau Dr. Mechthild Rüniger	Teilnahme ab 15:30 Uhr
Herr Andreas Walter	

Fraktion DIE LINKE

Herr Michél Berlin	abwesend von ca. 20:30 bis 20:47 Uhr, TOP 7.23 bis 9.1
Frau Dr. Anja Günther	
Herr Ralf Jäkel	
Herr Sascha Krämer	abwesend von ca. 20:20 bis 20:35 Uhr, TOP 7.15 bis 7.19
Frau Tina Lange	
Frau Dr. Sigrid Müller	

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Frau Jana Schulze
Frau Isabelle Vandre
Herr Stefan Wollenberg

Fraktion CDU

Herr Günter Anger Teilnahme ab 15:30 Uhr
Herr Lars Eichert
Herr Matthias Finken
Herr Götz Thorsten Friederich Teilnahme ab 15:30 Uhr
Herr Dr. phil. Wieland Niekisch
Herr Clemens Viehrig Teilnahme ab 16:18 Uhr

Fraktion DIE aNDERE

Frau Anja Heigl
Herr Christian Kube
Herr René Kulke abwesend von ca. 20:30 bis 20:47
Uhr, TOP 7.23 bis 9.1
Herr Carsten Linke
Herr Christian Raschke Teilnahme bis 20:20 Uhr

Fraktion AfD

Herr Daniel Friese Teilnahme ab 16:15 Uhr
Herr Sebastian Olbrich
Herr Chaled-Uwe Said
Herr Helmar Wobeto Teilnahme ab 15:30 Uhr

Fraktion der Freien Demokraten

Frau Sabine Becker
Herr Björn Teuteberg
Frau Linda Teuteberg

Fraktion Bürgerbündnis

Herr Wolfhard Kirsch Teilnahme von 16:18 bis ca. 20:20
Uhr
Frau Dr.med. Carmen Klockow Teilnahme bis 20:11 Uhr

Die PARTEI

Frau Bettina Franke

BVB/Freie Wähler

Herr Andreas Menzel

Oberbürgermeister

Herr Mike Schubert abwesend von ca. 17:15 bis 17:26
Uhr, TOP 6.26 bis 6.31

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel
Herr Burkhard Exner
Herr Dieter Jetschmanegg
Frau Brigitte Meier
Herr Bernd Rubelt

Teilnahme ab ca. 18:35 Uhr

Ortsvorsteher

Herr Werner Pahnhenrich
Herr Peter Roggenbuck
Herr Dieter Spira
Herr Winfried Sträter

Teilnahme bis 18:38 Uhr
Teilnahme bis 18:09 Uhr
Teilnahme bis 18:38 Uhr
Teilnahme von 15:58 bis 19:20 Uhr

Nicht anwesend sind:

Fraktion SPD

Herr Nico Marquardt

entschuldigt

Fraktion CDU

Frau Anna Lüdcke

entschuldigt

Fraktion DIE aNDERE

Frau Katharina Tietz

entschuldigt

Fraktion AfD

Herr Oliver Stiffel

nicht entschuldigt

Ortsvorsteher

Herr Eckhard Fuchs
Herr Stefan Gutschmidt
Frau Kathleen Krause
Herr Stefan Matz

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

2 Fragestunde

2.1 Absichtserklärung über die Stärkung der sozialen Wohnraumversorgung durch Wohnungsneubau in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0655
Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 2.2 Nutzung des ehemaligen Kino Charlott
Vorlage: 21/SVV/0603
Stadtverordneter Krämer, Fraktion DIE LINKE
- 2.3 Einsatz von Glyphosat
Vorlage: 21/SVV/0629
Fraktion DIE aNDERE
- 2.4 Gefährdung von Investitionsprioritäten durch Corona-bedingte
Steuereinnahmeeeinbrüche
Vorlage: 21/SVV/0662
Stadtverordneter Chaled-Uwe Said, Fraktion AfD
- 2.5 Diskrepanzen zwischen Äußerungen von Akteuren der Landeshauptstadt
Potsdam und Verantwortlichen des Ministeriums zu Verkehren aufgrund der
Entwicklungsabsicht für Krampnitz 5000
Vorlage: 21/SVV/0651
Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler
- 2.6 Baumfällungen am Heinepark
Vorlage: 21/SVV/0663
Stadtverordneter Troche, Fraktion SPD
- 2.7 Uferweg Leipziger Straße
Vorlage: 21/SVV/0604
Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE
- 2.8 Keine klimaneutrale Wärmeversorgung im neuen Stadtteil Krampnitz?
Vorlage: 21/SVV/0654
Fraktion DIE aNDERE
- 2.9 In welchen Geschäfts-/ Tätigkeitsfeldern der EWP wurden welche Gewinne in
den Jahren 2015-2019 erwirtschaftet?
Vorlage: 21/SVV/0652
Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler
- 2.10 Zugang zum außerschulischen Lernort ermöglichen
Vorlage: 21/SVV/0588
Stadtverordneter Krämer, Fraktion DIE LINKE
- 2.11 1. Rondell, Dank an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten - Wollen
sich der Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung für die
Entgleisung am 05.03.2014 entschuldigen?
Vorlage: 21/SVV/0653
Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler
- 2.12 Ermöglichung zeitnaher Termine beim Bürgerservice
Vorlage: 21/SVV/0674
Stadtverordnete Lange, Fraktion DIE LINKE

- 2.13 Nachfrage zur Antwort auf 21/SVV/0416: Heizkraftwerk Groß-Krampnitz-2
Vorlage: 21/SVV/0626
Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler
- 2.14 Nachfrage zur Antwort auf 21/SVV/0416: Heizkraftwerk Groß-Krampnitz-2
Vorlage: 21/SVV/0649
Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
05.05.2021
- 4 Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung**
- 5.1 Bebauungsplan Nr. 19 "Ehemaliger Schießplatz" (OT Groß Glienicke),
Erweiterung des räumlichen Geltungsbereichs und Aufstellung der
Flächennutzungsplan-Änderung "Ehemaliger Schießplatz Groß Glienicke"
(17/17)
Vorlage: 21/SVV/0425
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 5.2 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring", Abwägungs- und
Satzungsbeschluss sowie Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 21/SVV/0426
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 5.3 Bebauungsplan Nr. 173 "Freiflächensolaranlagen Marquardt/Satzkorn" und
Flächennutzungsplan-Änderung "Freiflächensolaranlagen Marquardt/Satzkorn"
(26/21), Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 21/SVV/0476
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 5.4 Bebauungsplan Nr. 175 "Marquardter Chaussee / Am Kanal"
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung (26/21)
Vorlage: 21/SVV/0477
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 5.5 Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026
Vorlage: 21/SVV/0518
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen**
- 6.1 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern
Vorlage: 20/SVV/0938
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

- 6.2 Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum
Vorlage: 20/SVV/1139
Fraktion DIE LINKE
- 6.3 Müllgebühren in Potsdam senken
Vorlage: 20/SVV/1355
Fraktionen DIE LINKE
- 6.4 Ladesäulen
Vorlage: 21/SVV/0048
Fraktion Bürgerbündnis
- 6.5 Sonnenschutz an ÖPNV-Wartehallen im Stadtgebiet
Vorlage: 21/SVV/0136
Fraktion DIE LINKE
- 6.6 Schneeräumung auf Fahrradwegen
Vorlage: 21/SVV/0207
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.7 Teilhabe für Kinder und Jugendliche unbürokratisch gestalten
Vorlage: 21/SVV/0208
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
- 6.8 Breitbandausbau im Ortsteil Grube
Vorlage: 21/SVV/0248
Ortsbeirat Grube
- 6.9 Ortsumgehung OT Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0265
Ortsbeirat Groß Glienicke
- 6.10 Geschwindigkeitsanzeigenanlagen im OT Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0266
Ortsbeirat Groß Glienicke
- 6.11 Digitaler Geschenkgutschein für Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0305
Fraktion Freie Demokraten
- 6.12 Schaffung einer Stelle zum Thema Seelische Gesundheit
Vorlage: 21/SVV/0307
Fraktion Freie Demokraten
- 6.13 Kommunales Carsharing
Vorlage: 21/SVV/0344
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

- 6.14 Baumpflanzung Ecke Kastanienallee/Zepplinstraße
Vorlage: 21/SVV/0345
Fraktion DIE LINKE
- 6.15 Aufnahme von Emilie Winkelmann in den Straßennamenpool Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0346
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen
- 6.16 Parkflächen an Ladesäulen
Vorlage: 21/SVV/0361
Fraktionen DIE LINKE, SPD
- 6.17 Einsetzung eines Arbeitskreises "Digitalisierung"
Vorlage: 21/SVV/0373
Fraktion Freie Demokraten
- 6.18 Radweg Grube bis Wublitzbrücke
Vorlage: 21/SVV/0389
Ortsbeirat Grube
- 6.19 Nachfrage Anträge OBR
Vorlage: 21/SVV/0390
Ortsbeirat Grube
- 6.20 Einwohner Potsdamer Norden
Vorlage: 21/SVV/0391
Ortsbeirat Grube
- 6.21 Nachfrage Planfeststellung Wublitzbrücke
Vorlage: 21/SVV/0392
Ortsbeirat Grube
- 6.22 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte
Gewalt und Stalking
Vorlage: 21/SVV/0393
Fraktion DIE aNDERE
- 6.23 Unterstützende Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemie-Spätfolgen bei
Jugendlichen
Vorlage: 21/SVV/0395
Fraktion DIE aNDERE
- 6.24 Sportstättenflächen 'Am Vogelherd'
Vorlage: 21/SVV/0396
Fraktion AfD
- 6.25 Schadensersatz für Betreiber der Beachvolleyballanlage im Volkspark
Vorlage: 21/SVV/0397
Fraktion DIE aNDERE

- 6.26 Überarbeitung der städtischen Baumschutzverordnung
Vorlage: 21/SVV/0402
Fraktion DIE aNDERE
- 6.27 Maßnahmen für eine bessere Sichtbarkeit antifaschistischen Gedenkens
Vorlage: 21/SVV/0411
Fraktionen DIE aNDERE, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 6.28 Weiterentwicklung des Konzepts zur Erinnerungskultur
Vorlage: 21/SVV/0450
Fraktion CDU
- 6.29 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung
Vorlage: 21/SVV/0455
Fraktion Freie Demokraten
- 6.30 Errichtung eines öffentlichen Spielplatzes in Klein-Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0490
Fraktion Freie Demokraten
- 6.31 Verwertung aussortierter Waren des Einzelhandels
Vorlage: 21/SVV/0493
Fraktion CDU
- 6.32 Reduzierung des innerstädtischen Lieferverkehrs
Vorlage: 21/SVV/0494
Fraktion CDU
- 6.33 Verhandlungsauftrag zur Einführung einer Gelbe Tonne PLUS
Vorlage: 21/SVV/0495
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 6.34 Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie
Vorlage: 21/SVV/0498
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.35 Öffentliche Tennisplätze im Potsdamer Norden
Vorlage: 21/SVV/0499
Fraktion CDU
- 6.36 Pflege vor Ort gestalten
Vorlage: 21/SVV/0501
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
- 6.37 Machbarkeitsprüfung Brücke Kiewitt/Hermannswerder
Vorlage: 21/SVV/0502
Fraktion SPD

6.38 Prüfung der Neuausweisung eines Landschaftsschutzgebietes Havelseen
Vorlage: 21/SVV/0506
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

6.39 Verkehrsberuhigung in Grube
Vorlage: 21/SVV/0508
Fraktionen SPD, B90/die Grünen, die LINKE

6.40 Digitale Abstimmungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 21/SVV/0509
Fraktionen SPD, B90/die Grünen, die LINKE

6.41 Temporäre Sporthalle für die Schule am Schloss
Vorlage: 21/SVV/0510
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen

7 Anträge

7.1 Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter stärken
Vorlage: 21/SVV/0636
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE

7.2 Schule im Stadtteil - in der Pappelallee
Vorlage: 21/SVV/0621
Fraktion DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

7.3 Aktionsprogramm zur Belebung des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie
in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0635
Fraktion CDU

7.4 Eisverkauf im BUGA-Volkspark
Vorlage: 21/SVV/0624
Fraktion DIE aNDERE und Fraktion DIE LINKE

7.5 Erstellung von Bilanzen für den "Konzern Stadt"
Vorlage: 21/SVV/0640
Fraktion AfD

7.6 Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes
Vorlage: 21/SVV/0641
Fraktion Freie Demokraten

7.7 Illegale Müllentsorgung vermeiden
Vorlage: 21/SVV/0627
Fraktion Bürgerbündnis

- 7.8 Gefahrensituation Kreuzung/Parkplatz in der Potsdamer Str. 177
Vorlage: 21/SVV/0647
Fraktion SPD
- 7.9 Betreuung des KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen
Interesse
Vorlage: 21/SVV/0623
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und
Gesundheit
- 7.10 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden
Vorlage: 21/SVV/0632
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7.11 Skulpturenpfad Walk of Modern Art Potsdam und Kunstwerke aus der DDR-Zeit
aufwerten
Vorlage: 21/SVV/0550
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen
- 7.12 Erlebnisraum Innenstadt
Vorlage: 21/SVV/0633
Fraktion CDU
- 7.13 Empfehlung der Corona-Datenbank an Brandenburger Kommunen und das RKI
Vorlage: 21/SVV/0608
Fraktion AfD
- 7.14 Straßenquerung Potsdamer Str./Ribbeckstr. sicherer gestalten!
Vorlage: 21/SVV/0648
Fraktion SPD
- 7.15 Kreditaufnahme des KIS gemäß Wirtschaftsplan 2019
Vorlage: 21/SVV/0591
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service
- 7.16 Radwege
Vorlage: 21/SVV/0530
Ortsbeirat Grube
- 7.17 Planwerk Gewässer
Vorlage: 21/SVV/0531
Ortsbeirat Grube
- 7.18 Ruderclub Vineta bei der Ansiedlung in Krampnitz unterstützen
Vorlage: 21/SVV/0522
Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

- 7.19 Durchführung eines ergänzenden Verfahrens zur Entwicklungssatzung für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 21/SVV/0532
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 7.20 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von Beschlüssen)
Vorlage: 21/SVV/0566
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 7.21 Abgeltungsvereinbarung zum B-Plan 11A "Waldsiedlung Groß Glienicke"
Vorlage: 21/SVV/0568
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 7.22 Eine Freiflächensolaranlage für die Deponie Golm
Vorlage: 21/SVV/0584
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE
- 7.23 Anbringung Gedenktafel für die Schüler Eylert, Tauer und Douglas
Vorlage: 21/SVV/0590
Fraktion AfD
- 7.24 Transparenzsatzung Open-Government-Data
Vorlage: 21/SVV/0593
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
- 7.25 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0594
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 7.26 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen
Vorlage: 21/SVV/0595
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 7.27 Erinnerungsort im heutigen "Freiland" für die Zwangsarbeiter der Arado Flugzeugwerke GmbH
Vorlage: 21/SVV/0607
Fraktion AfD
- 7.28 2-Jahres-Verträge für Künstler des Hans-Otto-Theaters
Vorlage: 21/SVV/0609
Fraktion AfD
- 7.29 Zugang und Nutzung Digitaler Technologien für alle ermöglichen
Vorlage: 21/SVV/0625
Stadtverordnete Heuer, Adler, Armbruster, Dr. Rüniger, Vandrè, Finken, Heigl, L.Teuteberg

- 7.30 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
Vorlage: 21/SVV/0630
Fraktion DIE LINKE
- 7.31 Bündnis für lebendige Innenstädte
Vorlage: 21/SVV/0631
Fraktion CDU
- 7.32 Potsdams kreatives Museums Quartier
Vorlage: 21/SVV/0638
Fraktion DIE LINKE
- 7.33 Untersuchung zur Optimierung Straßenreinigung/Winterdienst
Vorlage: 21/SVV/0642
Fraktionen DIE LINKE und SPD
- 7.34 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP
Vorlage: 21/SVV/0644
Fraktion DIE LINKE
- 7.35 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE

8 Einwohnerfragestunde

9 Gremienbesetzung

- 9.1 Entsendung eines Mitglieds des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit in den Präventionsrat
Vorlage: 21/SVV/0544
Fraktion AfD
- 9.2 Abberufung und Berufung eines Mitgliedes des Kuratoriums der kommunalen Stiftung "Stiftung Altenhilfe Potsdam"
Vorlage: 21/SVV/0567
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

10 Mitteilungsvorlagen

- 10.1 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0569
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 10.2 Jahresbericht des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt 2019/2020
Vorlage: 21/SVV/0570
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

- 11 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister**
- 11.1 Vorlage des fortgeschriebenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes gemäß Beschluss: 18/SVV/0181
- 11.2 Prüfergebnis - kostenloses Schülerticket gemäß Beschluss: 19/SVV/0597
- 11.2.1 Vorgehen zur Einführung eines kostenlosen Schüler- und Azubitickets
Vorlage: 21/SVV/0600
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 11.3 Prüfergebnis bezüglich Ideenwettbewerb für Kita / Bürgertreff in der David-Gilly-Straße
gemäß Beschluss: 19/SVV/0687
- 11.4 Bericht bezüglich Ergänzung barrierefreie Routen aus den Wohngebieten in die Innenstadt
gemäß Beschluss: 19/SVV/0914
- 11.4.1 Barrierefreie Routen aus den Wohngebieten in die Innenstadt
Vorlage: 21/SVV/0601
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 11.5 Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur räumlichen Erweiterung des Potsdam Museums - "Potsdamer Kunst ans Licht"
gemäß Beschluss: 19/SVV/1159 und Mitteilungsvorlage 21/SVV/0074
- 11.5.1 Potsdamer Kunst ans Licht - Machbarkeitsstudie zur Flächenerweiterung am bestehenden Bau des Potsdam Museums
Vorlage: 21/SVV/0596
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11.6 Konzept bezüglich Potsdam Museum ins KreativQuartier
gemäß Beschluss: 20/SVV/1463
- 11.6.1 Potsdam Museum ins KreativQuartier - Mietangebot und Konzept
Vorlage: 21/SVV/0597
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11.7 Entwurf einer Lichtschutzleitlinie
gemäß Beschluss: 19/SVV/1291
- 11.8 Zwischenbericht bezüglich Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
gemäß Beschluss: 20/SVV/0032

- 11.8.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
Vorlage: 21/SVV/0672
Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government
- 11.9 Zwischeninformation - Sozialzentrum
gemäß Beschluss: 20/SVV/0259
- 11.9.1 Zwischenbericht Sozialzentrum
Vorlage: 21/SVV/0599
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 11.10 Bericht über die Umsetzung 'Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro'
gemäß Beschluss: 20/SVV/0332
- 11.10.1 "Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro"
Vorlage: 21/SVV/0675
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11.11 Vorlage einer Anlagerichtlinie - Divestment und Finanzanlage nach ökologischen, sozialen und Good Governance- Kriterien
gemäß Beschluss: 20/SVV/0849
- 11.12 Vorlage einer Transparenzsatzung
gemäß Beschluss: 20/SVV/0864
- 11.13 Ergebnis der Variantenprüfung bezüglich Kosten einer einheitlichen Kitaälternbeitragsordnung 2021
gemäß Beschluss: 20/SVV/0946
- 11.13.1 Kosten einer einheitlichen Kitaälternbeitragsordnung 2021
Vorlage: 21/SVV/0598
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11.14 Vorlage des Prüfergebnisses bezüglich Steganlagen am Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 20/SVV/1138
- 11.15 Bericht bezüglich Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes
gemäß Beschluss: 20/SVV/1216
- 11.15.1 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt
Vorlage: 21/SVV/0684
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 11.16 Berichterstattung zur Erfüllung der vertraglichen Zusagen zur Entwicklung des Konversionsprojektes Kasernengelände GRENZREGIMENT - 34 'Hanno Günther'- Waldsiedlung
gemäß Beschluss: 21/SVV/0124

- 11.16.1 Erfüllung der vertraglichen Zusagen zur Entwicklung des Konversionsprojektes Kasernengelände GRENZREGIMENT-34 "Hanno Günther" - Waldsiedlung
Vorlage: 21/SVV/0533
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 11.17 Stand über die Sicherung des Integrationsgartens
gemäß Beschluss: 21/SVV/0190
- 11.17.1 Sicherung des Intergrationsgartens
Vorlage: 21/SVV/0643
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird von dem **Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Heuer**, eröffnet.

zu 2 Fragestunde

zu 2.1 Absichtserklärung über die Stärkung der sozialen Wohnraumversorgung durch Wohnungsneubau in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0655

Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

zu 2.2 Nutzung des ehemaligen Kino Charlott

Vorlage: 21/SVV/0603

Stadtverordneter Krämer, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

zu 2.3 Einsatz von Glyphosat

Vorlage: 21/SVV/0629

Fraktion DIE aNDERE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

**zu 2.4 Gefährdung von Investitionsprioritäten durch Corona-bedingte
Steuereinnahmeeeinbrüche**

Vorlage: 21/SVV/0662

Stadtverordneter Chaled-Uwe Said, Fraktion AfD

Die Frage wird vom Beigeordneten für Finanzen, Investitionen und Controlling, Herrn Exner, beantwortet.

**zu 2.5 Diskrepanzen zwischen Äußerungen von Akteuren der Landeshauptstadt
Potsdam und Verantwortlichen des Ministeriums zu Verkehren aufgrund der
Entwicklungsabsicht für Krampnitz 5000**

Vorlage: 21/SVV/0651

Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

zu 2.6 Baumfällungen am Heinepark

Vorlage: 21/SVV/0663

Stadtverordneter Troche, Fraktion SPD

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

zu 2.7 Uferweg Leipziger Straße

Vorlage: 21/SVV/0604

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

zu 2.8 Keine klimaneutrale Wärmeversorgung im neuen Stadtteil Krampnitz?

Vorlage: 21/SVV/0654

Fraktion DIE aNDERE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

**zu 2.9 In welchen Geschäfts-/ Tätigkeitsfeldern der EWP wurden welche Gewinne
in den Jahren 2015-2019 erwirtschaftet?**

Vorlage: 21/SVV/0652

Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler

Die Frage wird vom Oberbürgermeister, Mike Schubert, beantwortet.

zu 2.10 Zugang zum außerschulischen Lernort ermöglichen

Vorlage: 21/SVV/0588

Stadtverordneter Krämer, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Heuer, stellt gemäß § 13 Nr. 2 S. 2 der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Potsdam nach der Beantwortung der Frage 2.10 das Ende der Aussprache zu den Anfragen der Stadtverordneten an den Oberbürgermeister fest.

Gemäß § 15, Nr. 1, Abs. 5 der Geschäftsordnung sind die nicht erledigten Anfragen zu den Tagesordnungspunkten 2.11, 2.12, 2.13 und 2.14 durch den Oberbürgermeister binnen einer Woche in Textform zu beantworten.

zu 2.11 1. Rondell, Dank an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten - Wollen sich der Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung für die Entgleisung am 05.03.2014 entschuldigen?

Vorlage: 21/SVV/0653

Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler

Gemäß § 15, Nr. 1, Abs. 5 der Geschäftsordnung wird die Frage durch den Oberbürgermeister binnen einer Woche in Textform beantwortet werden.

zu 2.12 Ermöglichung zeitnaher Termine beim Bürgerservice

Vorlage: 21/SVV/0674

Stadtverordnete Lange, Fraktion DIE LINKE

Gemäß § 15, Nr. 1, Abs. 5 der Geschäftsordnung wird die Frage durch den Oberbürgermeister binnen einer Woche in Textform beantwortet werden.

zu 2.13 Nachfrage zur Antwort auf 21/SVV/0416: Heizkraftwerk Groß-Kramnitz-2

Vorlage: 21/SVV/0626

Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler

Gemäß § 15, Nr. 1, Abs. 5 der Geschäftsordnung wird die Frage durch den Oberbürgermeister binnen einer Woche in Textform beantwortet werden.

zu 2.14 Nachfrage zur Antwort auf 21/SVV/0416: Heizkraftwerk Groß-Kramnitz-2

Vorlage: 21/SVV/0649

Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler

Gemäß § 15, Nr. 1, Abs. 5 der Geschäftsordnung wird die Frage durch den Oberbürgermeister binnen einer Woche in Textform beantwortet werden.

**zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 05.05.2021**

Feststellung der Anwesenheit

Von den 57 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind zu Beginn der Sitzung (lt. Eintragung in der Anwesenheitsliste) **46 anwesend, das sind 80,7 %**. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig.

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Entscheidung über eventuelle Einwände gegen die Niederschrift

Die Niederschrift der 19. öffentlichen Sitzung vom 05.05.2021 steht den Stadtverordneten noch nicht zur Verfügung.

Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Den Stadtverordneten wurde die Übersicht über die **Drucksachen (DS)** digital zur Verfügung gestellt, **die wegen fehlender Ausschussvoten zurückzustellen sind, zurückgezogen wurden oder durch Verwaltungshandeln erledigt sind**.

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Vorlagen der Verwaltung

Tagesordnungspunkt 5.3, betr.: Bebauungsplan Nr. 173 „Freiflächensolaranlagen Marquardt/Satzkorn“ und Flächennutzungsplan-Änderung „Freiflächensolaranlagen Marquardt/Satzkorn“ (26/21), Aufstellungsbeschluss, Vorlage des Oberbürgermeisters, **DS 21/SVV/0476**, (Das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung für Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes fehlt.)

Tagesordnungspunkt 6.3, betr.: Müllgebühren in Potsdam senken, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 20/SVV/1355**, (Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen.)

Tagesordnungspunkt 6.6, betr.: Schneeräumung auf Fahrradwegen, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **DS 21/SVV/0207**, (Der Antrag hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.)

Tagesordnungspunkt 6.9, betr.: Ortsumgehung OT Groß Glienicke, Antrag des Ortsbeirates Groß Glienicke, **DS 21/SVV/0265**, (Das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.)

Tagesordnungspunkt 6.10, betr.: Geschwindigkeitsanzeigenanlagen im OT Groß Glienicke, Antrag des Ortsbeirates Groß Glienicke, **DS 21/SVV/0266**, (Der Antrag hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.)

Tagesordnungspunkt 6.11, betr.: Digitaler Geschenkgutschein für Potsdam, Antrag der Fraktion Freie Demokraten, **DS 21/SVV/0305**, (Die Voten des Hauptausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes fehlen.)

Tagesordnungspunkt 6.13, betr.: Kommunales Carsharing, Antrag der Fraktion DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen, **DS 21/SVV/0344**, (Die Voten des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen fehlen.)

Tagesordnungspunkt 6.14, betr.: Baumpflanzung Ecke Kastanienallee/Zeppelinstraße, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 21/SVV/0345**, (Das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.)

Tagesordnungspunkt 6.15, betr.: Aufnahme von Emilie Winkelmann in den Straßennamenpool Potsdam, Antrag der Fraktion DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen, **DS 21/SVV/0346**, (Der Antrag hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.)

Tagesordnungspunkt 6.17, Betr.: Einsetzung eines Arbeitskreises „Digitalisierung“, Antrag der Fraktion Freie Demokraten, **DS 21/SVV/0373**, (Das Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung fehlt.)

Tagesordnungspunkt 6.18, betr.: Radweg Grube bis Wublitzbrücke, Antrag des Ortsbeirates Grube, **DS 21/SVV/0389**, (Der Antrag hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.)

Tagesordnungspunkt 6.19, betr.: Nachfrage Anträge OBR, Antrag des Ortsbeirates Grube, **DS 21/SVV/0390**, (Der Antrag hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.)

Tagesordnungspunkt 6.20, betr.: Einwohner Potsdamer Norden, Antrag des Ortsbeirates Grube, **DS 21/SVV/0391**, (Der Antrag hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.)

Tagesordnungspunkt 6.21, betr.: Nachfrage Planfeststellung Wublitzbrücke, Antrag des Ortsbeirates Grube, **DS 21/SVV/0392**, (Der Antrag hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.)

Tagesordnungspunkt 6.22, betr.: Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking, Antrag der Fraktion DIE aNDERE, **DS 21/SVV/0393**, (Die Voten des Hauptausschusses und des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion fehlen.)

Tagesordnungspunkt 6.25, betr.: Schadensersatz für Betreiber der Beachvolleyballanlage im Volkspark, Antrag der Fraktion DIE aNDERE, **DS 21/SVV/0397**, (Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen.)

Tagesordnungspunkt 6.28, betr.: Weiterentwicklung des Konzepts zur Erinnerungskultur, Antrag der Fraktion CDU, **DS 21/SVV/0450**, (Das Votum des Ausschusses für Kultur fehlt.)

Tagesordnungspunkt 6.29, betr.: Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung, Antrag der Fraktion Freie Demokraten, **DS 21/SVV/0455**, (Die Voten der Ausschüsse für Gesundheit, Soziales, Wohnen, Inklusion und für Klima, Umwelt und Mobilität fehlen.)

Tagesordnungspunkt 6.32, betr.: Reduzierung des innerstädtischen Lieferverkehrs, Antrag der Fraktion CDU, **DS 21/SVV/0494**, (Das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlen.)

Tagesordnungspunkt 6.33, betr.: Verhandlungsauftrag zur Einführung einer Gelbe Tonne PLUS, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD, **DS 21/SVV/0495**, (Das Votum des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit fehlt.)

Tagesordnungspunkt 6.37, betr.: Machbarkeitsprüfung Brücke Kiewitt/Hermannswerder, Antrag der Fraktion SPD, **DS 21/SVV/0502**, (Die Voten der Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes und für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.)

Tagesordnungspunkt 6.38, betr.: Prüfung der Nachausweisung eines Landschaftsschutzgebietes Havelseen, Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen, **DS 21/SVV/0506**, (Das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.)

Antrag zur Geschäftsordnung

Der Oberbürgermeister bittet darum, dass der Tagesordnungspunkt 5.5, betr.: Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026, DS 21/SVV/0518 und der Tagesordnungspunkt 7.2, betr.: Schule im Stadtteil - in der Pappelallee, DS 21/SVV/0621, in einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.06.2021 im Plenarsaal des Rathauses behandelt werden sollen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmung:

Die so ergänzte Liste der zurückzustellenden, zurückgezogenen oder durch Verwaltungshandeln erledigten Drucksachen wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

KONSENSLISTE

Anträge

Tagesordnungspunkt 7.7, betr.: Illegale Müllentsorgung vermeiden, Antrag der Fraktion Bürgerbündnis, **DS 21/SVV/0627**

überwiesen

in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Tagesordnungspunkt 7.16, betr.: Radwege, Antrag des Ortsbeirates Grube, **DS 21/SVV/0530**

überwiesen

**in die Ausschüsse für Klima, Umwelt und Mobilität
und für Finanzen**

Tagesordnungspunkt 7.17, betr.: Planwerk Gewässer, Antrag des Ortsbeirates Grube, **DS 21/SVV/0531**

überwiesen

in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Tagesordnungspunkt 7.18, betr.: Ruderclub Vineta bei der Ansiedlung in Krampnitz unterstützen, Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen, **DS 21/SVV/0522**

überwiesen

in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und

**Entwicklung des ländlichen Raumes,
für Bildung und Sport,
für Klima, Umwelt und Mobilität
sowie in den Ortsbeirat Fahrland**

Tagesordnungspunkt 7.20, betr.: Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von Beschlüssen), Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen, **DS 21/SVV/0566**

**überwiesen
in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
sowie in den Hauptausschuss**

Tagesordnungspunkt 7.21, betr.: Abgeltungsvereinbarung zum Bebauungsplan 11A „Waldsiedlung Groß Glienicke“, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur, **DS 21/SVV/0568**

**überwiesen
in den Hauptausschuss
sowie in den Ortsbeirat Groß Glienicke**

Tagesordnungspunkt 7.24, betr.: Transparenzsatzung Open-Government-Data, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Verwaltungsmanagement, **DS 21/SVV/0593**

**überwiesen
in den Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
sowie in den Hauptausschuss**

Tagesordnungspunkt 7.25, betr.: Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur, **DS 21/SVV/0594**

**überwiesen
in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und
Entwicklung des ländlichen Raumes,
für Klima, Umwelt und Mobilität
sowie in alle Ortsbeiräte**

Tagesordnungspunkt 7.26, betr.: Stadtentwicklungskonzept Spielflächen, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen, **DS 21/SVV/0595**

**überwiesen
in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und
Entwicklung des ländlichen Raumes,
für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion,
in den Jugendhilfeausschuss
sowie in alle Ortsbeiräte**

Tagesordnungspunkt 7.27, betr.: Erinnerungsort im heutigen „Freiland“ für die Zwangsarbeiter der Arado Flugzeugwerke GmbH, Antrag der Fraktion AfD, **DS 21/SVV/0607**

**überwiesen
in den Ausschuss für Kultur**

Tagesordnungspunkt 7.29, betr.: Zugang und Nutzung Digitaler Technologien für alle ermöglichen, Antrag der Stadtverordneten Heuer, Adler, Armbruster, Dr. Rüniger, Vandrè, Finken, Heigl und L. Teuteberg, **DS 21/SVV/0625**

überwiesen
in die Ausschüsse für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
und für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Tagesordnungspunkt 7.30, betr.: Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 21/SVV/0630**

überwiesen
in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und
Entwicklung des ländlichen Raumes,
für Klima, Umwelt und Mobilität
sowie in den Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service

Tagesordnungspunkt 7.31, betr.: Bündnis für lebendige Innenstädte, Antrag der Fraktion CDU, **DS 21/SVV/0631**

überwiesen
in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes

Tagesordnungspunkt 7.32, betr.: Potsdams kreatives Museums Quartier, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 21/SVV/0638**

überwiesen
in die Ausschüsse für Kultur
und für Finanzen

Tagesordnungspunkt 7.33, betr.: Untersuchung zur Optimierung Straßenreinigung/ Winterdienst, Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD, + **Änderungsantrag der Fraktion CDU, DS 21/SVV/0642**

überwiesen
in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Tagesordnungspunkt 7.34, betr.: Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der Landeshauptstadt Potsdam, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 21/SVV/0644**

überwiesen
in die Ausschüsse für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
und für Klima, Umwelt und Mobilität

Tagesordnungspunkt 7.35, betr.: UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 21/SVV/0646**

überwiesen
in die Ausschüsse für Klima, Umwelt und Mobilität,
für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des
ländlichen Raumes

Mitteilungsvorlagen

Tagesordnungspunkt 10.1, betr.: Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Stadtplanung, **DS 21/SVV/0569**

überwiesen
in die Ausschüsse für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des
ländlichen Raumes

Tagesordnungspunkt 10.2, betr.: Jahresbericht des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt 2019/2020, Vorlage des Oberbürgermeisters, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, **DS 21/SVV/0570**

überwiesen

in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister

Tagesordnungspunkt 11.2.1, betr.: Vorgehen zur Einführung eines kostenlosen Schüler- und Azubitickets, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur, **DS 21/SVV/0600**

überwiesen

**in die Ausschüsse für Bildung und Sport
und für Klima, Umwelt und Mobilität**

Tagesordnungspunkt 11.4.1, betr.: Barrierefreie Routen aus den Wohngebieten in die Innenstadt, Vorlage des Oberbürgermeisters, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, **DS 21/SVV/0601**

überwiesen

in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Tagesordnungspunkt 11.5.1, betr.: Potsdamer Kunst ans Licht – Machbarkeitsstudie zur Flächenerweiterung am bestehenden Bau des Potsdam Museums, Vorlage des Oberbürgermeisters, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport, **DS 21/SVV/0596**

überwiesen

in den Ausschuss für Kultur

Tagesordnungspunkt 11.6.1, betr.: Potsdam Museum ins KreativQuartier – Mietangebot und Konzept, Vorlage des Oberbürgermeisters, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport, **DS 21/SVV/0597**

überwiesen

in den Ausschuss für Kultur

Tagesordnungspunkt 11.8.1, betr.: Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 ‚TOP 20-Liste der Bürgerinnen und Bürger‘, Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich E-Government, **DS 21/SVV/0672**

überwiesen

in den Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Tagesordnungspunkt 11.9.1, betr.: Zwischenbericht Sozialzentrum, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Soziales und Inklusion, **DS 21/SVV/0599**

überwiesen

in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Tagesordnungspunkt 11.10.1, betr.: „Alles unter einem Dach – Das Potsdamer Familienbüro“, Vorlage des Oberbürgermeisters, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport, **DS 21/SVV/0675**

überwiesen

in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Tagesordnungspunkt 11.13.1, betr.: Kosten einer einheitlichen Kitaälternbeitragsordnung 2021, Vorlage des Oberbürgermeisters, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport, **DS 21/SVV/0598**

**überwiesen
in den Jugendhilfeausschuss
und in den Ausschuss für Finanzen**

Tagesordnungspunkt 11.15.1, betr.: Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Ordnung und Sicherheit, **DS 21/SVV/0684**

**überwiesen
in den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit**

Tagesordnungspunkt 11.16.1, betr.: Erfüllung der vertraglichen Zusagen zur Entwicklung des Konversionsprojektes Kasernengelände GRENZREGIMENT-34 „Hanno Günther“-Waldsiedlung, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Stadtplanung, **DS 21/SVV/0533**

**überwiesen
in den Ortsbeirat Groß Glienicke**

Tagesordnungspunkt 11.17.1, betr.: Sicherung des Integrationsgartens, Vorlage des Oberbürgermeisters, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service, **DS 21/SVV/0643**

**überwiesen
in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
und in den Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service**

Antrag zur Geschäftsordnung

Der Stadtverordnete Walter, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt den Tagesordnungspunkt 11.15, betr.: Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt, Vorlage des Oberbürgermeisters, Fachbereich Ordnung und Sicherheit, **DS 21/SVV/0684**, zusätzlich in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zu überweisen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmung:

Die so ergänzte **KONSENSLISTE** wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Bestätigung der Dringlichkeit von Vorlagen gemäß § 13 Punkt 4 der Geschäftsordnung

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, **21/SVV/0691**, betr.: Bebauungsplan Nr. 34-5 Kleingartenanlage An der Katharinenholzstraße Aufstellungsbeschluss.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, **21/SVV/0692**, betr.: Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 34-5 Kleingartenanlage.

Der **Ältestenrat empfiehlt**, der Dringlichkeit beider Anträge zuzustimmen und sie zusammen zu beraten.

Die Dringlichkeit wird von der Stadtverordneten Lange namens der antragstellenden Fraktionen begründet.

Abstimmung:

Die Dringlichkeit und damit die Aufnahme der DS 21/SVV/0691 und 21/SVV/0692 in die Tagesordnung werden

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Rederecht

Herr Buchin, Sprecher der Bürgerinitiative „Nutheschlange“, beantragt Rederecht zum Tagesordnungspunkt 5.2, betr.: Bebauungsplan Nr. 145 „Am Humboldtring“, Abwägungs- und Satzungsbeschluss sowie Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag, DS 21/SVV/0426.

Der **Ältestenrat empfiehlt**, dem Rederecht zuzustimmen.

Abstimmung:

Der Antrag auf Rederecht wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Es gibt keine weiteren Hinweise zur Tagesordnung.

Abstimmung:

Die Tagesordnung der 20. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird einschließlich der o. g. Änderungen

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Kleine Anfragen

Im Weiteren informiert der Vorsitzende, Herr Heuer, darüber, dass gemäß § 15 Punkt 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung für **15 Kleine Anfragen** eine fristgerechte Beantwortung aussteht.

zu 4 Bericht des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister berichtet zu folgenden Themenschwerpunkten:

- Corona/ Impfzentrum,
- International Tuesday (Inselbühne),
- UNESCO-Welterbetag,
- Konferenz Palermo (Städte sicherer Häfen),
- Studie zur Erfassung der Bedrohungssituation kommunaler Amts- und Mandatsträger im Land Brandenburg,
- Ferienprogramm in Verbindung mit Lernangeboten des Landes

- Brandenburg und
- Vorschlag für eine weitere Amtszeit von Herrn Exner Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, der Landeshauptstadt Potsdam.

Im Weiteren beantwortet er die Nachfragen der Stadtverordneten.

zu 5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

zu 5.1 Bebauungsplan Nr. 19 "Ehemaliger Schießplatz" (OT Groß Glienicke), Erweiterung des räumlichen Geltungsbereichs und Aufstellung der Flächennutzungsplan-Änderung "Ehemaliger Schießplatz Groß Glienicke" (17/17)

Vorlage: 21/SVV/0425

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Der **Ortsbeirat Groß Glienicke** sowie die **Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** sowie für **Klima, Umwelt und Mobilität** empfehlen, der Vorlage **zuzustimmen**.

Ergänzungsantrag:

Der Stadtverordnete Menzel, BVB/Freie Wähler beantragt, die Beschlussvorlage um folgende Punkte zu ergänzen:

- 1) *Die Planungskosten für die Erweiterung des B-Planverfahrens in benannter Höhe von 80.000 € sind anteilig von den Planungsbegünstigten zu tragen.*
- 2) *Der neu hinzugekommene südöstliche Teil soll aus dem Verfahren herausgenommen werden.*
- 3) *Westlich der L20 sind zwei B-Pläne aufzustellen. Einer für das Sportgelände und eine neuer für das Gewerbegebiet.*

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der räumliche Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 19 "Ehemaliger Schießplatz" ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu erweitern (gemäß Anlage 2), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 5.2 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring", Abwägungs- und Satzungsbeschluss sowie Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag Vorlage: 21/SVV/0426

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Eingangs nimmt Herr Buchin für die Bürgerinitiative Nutheschlange das Rederecht wahr und plädiert an die Stadtverordneten, der Vorlage nicht zuzustimmen. Er übergibt die Petition der Bürgerinitiative an den Oberbürgermeister, Herrn Schubert und Vorsitzenden, Herrn Heuer.

Die **Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** und **für Klima, Umwelt und Mobilität** empfehlen, der Vorlage **zuzustimmen**.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Linke beantragt namens der Fraktion DIE aNDERE die namentliche Abstimmung.

Nach kontroverser Diskussion erfolgt anschließend die **namentliche Abstimmung** dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Betroffenenbeteiligung zum Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring" entschieden (gemäß Anlagen 5 und 6).
2. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring" wird zugestimmt (siehe Anlage 9).
3. Der Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 7 und 8).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	37
Ablehnung:	12
Stimmenthaltung:	3

Die Liste der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 5.3 **Bebauungsplan Nr. 173 "Freiflächensolaranlagen Marquardt/Satzkorn" und Flächennutzungsplan-Änderung "Freiflächensolaranlagen Marquardt/Satzkorn" (26/21), Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: 21/SVV/0476
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes fehlt.

zu 5.4 **Bebauungsplan Nr. 175 "Marquardter Chausee / Am Kanal" Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung (26/21)**
Vorlage: 21/SVV/0477
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Der **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** empfiehlt, der Vorlage **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Bebauungsplan Nr. 175 "Marquardter Chaussee / Am Kanal" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 5.5 Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026
Vorlage: 21/SVV/0518
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Zurückgestellt – wird zusammen mit der DS 21/SVV/0621, Schule im Stadtteil - in der Pappelallee, in einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.06.2021 beraten.

zu 6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen

zu 6.1 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern
Vorlage: 20/SVV/0938
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfiehlt, dem Antrag **zuzustimmen**.

Der **Ergänzungsantrag** der Fraktion DIE aNDERE vom 15.09.2020 wurde im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität **abgelehnt**.

Der **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** empfiehlt, dem Antrag in einer neuen Fassung (in dieser hat der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Eingang gefunden) **zuzustimmen**:

Ergänzungsantrag:

Die Fraktion DIE aNDERE beantragt folgende Ergänzung des Beschlusstextes im ersten Absatz:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld (bspw. Schaffung von Toiletten und Wasseranschluss auf dem Platz) sowie

Abstimmung:

Der o.g. Ergänzungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Anschließend wird der Antrag in der vom Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfohlenen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld sowie einer Begrünung zu prüfen.

Des Weiteren sollen, so wie bei dem Vor-Ort-Termin vereinbart, folgende Aspekte geprüft werden.

- **Zusätzlicher Wasser- und Stromanschluss**
- **Hitzeschutz/Beschattung für bestehende Sitzgelegenheiten**
- **Zusätzliche, geeignete Sitzgelegenheiten und Fahrradständer**
- **Hochbeete für urban gardening**
- **Entsiegelung einzelner Baumscheiden und deren Bepflanzung**
- **Wasserspender & Infotafeln**

Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadtteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner:innen) in die Planung einzubeziehen.

Des Weiteren wird er beauftragt, gemeinsam mit den Händler:innen zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.2 Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum

Vorlage: 20/SVV/1139

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt, dem Antrag in einer neuen Fassung **zuzustimmen**:

Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfiehlt, dem Antrag in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes **einschließlich einer weiteren Ergänzung** **zuzustimmen**:

...

7. ...

Im Rahmen der Umgestaltung des Vorplatzes des Filmmuseums und des Lustgartens ist eine Verlegung eines jeweiligen Blindenleitsystems notwendig, um die Teilhabe behinderter Menschen in diesen Bereichen zu ermöglichen.

Der Antrag wird in der vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfohlenen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende bei der gemeinsamen Ortsbesichtigung präzisierten Vorhaben für die Bepflanzung des Randbereiches des „Lustgartens“ und des Vorplatzes des Filmmuseums zu prüfen und dem SBWL bis Mai 2022 einen planerischen Entwurf sowie einen Umsetzungsplan im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel vorzulegen. Erste Schritte sollen bis 2023 erfolgen.

1. Die breite steinerne Einfassung der drei Rasenflächen vor dem Filmmuseum ist teilweise zurückzubauen. Dabei sind im Innern der Flächen parallel zur Breiten Straße je zwei Reihen Platten von ca. 1 m x 1m Größe zu entfernen und auf der Seite parallel zum Filmmuseum je eine Reihe Platten ca. 1 m x 1 m zu entfernen. Die vergrößerte freie Fläche ist mit Rasen und mit Blumenrabatten und ggf. kleinen Gehölzen anspruchsvoll und dauerhaft zu begrünen. Ergänzend sind vor dem Filmmuseum Bänke als Sitzgelegenheiten aufzustellen.
2. In der etwa dreieckigen versiegelten Fläche zwischen der Stadtwand des Mercure-Hotels, der Breiten Straße und der Behelfszufahrt zum Hotel quer zur Breiten Straße ist eine ausreichend große Fläche zu entsiegeln, für Baumpflanzung vorzubereiten und mit ein bis drei repräsentativen geeigneten Bäumen (z. B. Platane, Kastanie) zu bepflanzen.
3. Etwa in der Flucht der vorhandenen Blumenkübel parallel zur Breiten Straße am Rande des Lustgarten-Festplatzes ist die teilweise Entsiegelung und die Anlage von etwa drei Grünstreifen vorzubereiten. Die Grünstreifen mögen mit niedriger steinerner Einfassung vor Betreten geschützt werden. Diese sind geeignet zu bepflanzen. Zuvor ist in Abhängigkeit vom unterirdischen Bauraum die optimale Positionierung der Beete zu ermitteln und in Abstimmung mit dem Betreiber des Festplatzes und dem Schaustellerverband so zu optimieren, dass die Nutzbarkeit des Festplatzes im Wesentlichen gewahrt bleibt. Die vorhandenen Wasseranschlüsse sind dergestalt nutzbar zu machen, dass die Wässerung der Pflanzung im Sommer unkompliziert ermöglicht wird. Die erneute Inbetriebnahme der Wasserschleier ist zu prüfen. (In dem Fall wird ein Grünstreifen entfallen.)
4. In der Schlossstrasse gegenüber der Spielbank ist der gegenüberliegende Gehweg mit der Pflanzung einiger geeigneter Bäume zu ergänzen, ebenso am Zaun nördlich der Breiten Straße.
5. Im Lindenparterre soll eine Entsiegelung / Entschotterung zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bäume beitragen.
6. Die planerische Vertiefung der Maßnahmen ist in Abstimmung mit dem Wettbewerbssieger Planungsbüro vorzunehmen.
7. Es ist alternativ zu 3. zu prüfen, ob die Lindenallee von der Breiten Straße bis zur Langen Brücke fortgeführt werden kann, ggf. auch mit anderen standortgeeigneten Bäumen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.3 Müllgebühren in Potsdam senken
Vorlage: 20/SVV/1355
Fraktionen DIE LINKE

Vor Feststellung der Tagesordnung wird dieser Antrag von der Fraktion DIE LINKE **zurückgezogen**.

zu 6.4 Ladesäulen
Vorlage: 21/SVV/0048
Fraktion Bürgerbündnis

Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfiehlt, dem Antrag **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das im April 2018 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der LHP zügig unter Ausschöpfung sämtlicher staatlicher Förderprogramme umgesetzt wird. Hierbei sollen jetzt vorrangig zunächst die Gebiete der eingemeindeten Ortsteile berücksichtigt werden.

Über den Stand der Umsetzung soll im Dezember 2021 informiert werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 6.5 Sonnenschutz an ÖPNV-Wartehallen im Stadtgebiet
Vorlage: 21/SVV/0136
Fraktion DIE LINKE

Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfiehlt, dem Antrag in einer neuen Fassung **zuzustimmen**.

Der Antrag wird in der vom Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfohlenen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, bei welchen stark frequentierten ÖPNV-Umsteigepunkten ohne beschattete Aufenthaltsbereiche geeignete Sonnenschutzmaßnahmen erforderlich sind. Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im Dezember 2021 über das Ergebnis zu berichten. Dabei sind verschiedene Möglichkeiten unter Angabe der Kosten sowie der Vor- und Nachteile einzubeziehen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt bei sämtlichen künftig zu errichtenden oder umzubauenden Wartehallen für ausreichend Sonnenschutz bei gleichzeitig größtmöglicher Sichtbarkeit Sorge zu tragen, unabhängig davon, ob die Wartehalle von einem Eigenbetrieb betrieben oder ausgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

zu 6.6 Schneeräumung auf Fahrradwegen
Vorlage: 21/SVV/0207
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Entsprechend der Empfehlung der **Ausschüsse für Ordnung und Sicherheit und für Klima, Umwelt und Mobilität** wird der Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 6.7 Teilhabe für Kinder und Jugendliche unbürokratisch gestalten
Vorlage: 21/SVV/0208
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Der **Jugendhilfeausschuss** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie anspruchsberechtigten Kindern zeitnah eine elektronische Karte zur Verfügung gestellt werden könnte, mit der die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, z.B. für Kita- und Schulesen, Kita- und Schulausflüge, Musikunterricht, Nachhilfe, Sport, Spiel und Geselligkeit oder vergleichbare Angebote kultureller Jugendbildung sowie für die Teilnahme an Freizeiten unkompliziert abgerufen und durch die Leistungsträger direkt mit der Verwaltung abgerechnet werden kann. **Dabei sollen Städte betrachtet werden, die eine solche Karte bereits umgesetzt haben (z.B. Hamm, Kiel, Rostock und Münster).***

Der Stadtverordnetenversammlung wird im Juni 2021 über die Ergebnisse berichtet. Ein Umsetzungsvorschlag ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Mai 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die **Ausschüsse für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** empfehlen, dem Antrag mit den vom Jugendhilfeausschuss empfohlenen Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung verweist auf die Notwendigkeit, den Termin der Berichterstattung anpassen zu müssen. Im Ergebnis des Meinungsaustausches wird der November 2021 vorgeschlagen.

Abstimmung:
Die Terminverschiebung auf November 2021 wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie anspruchsberechtigten Kindern zeitnah eine elektronische Karte zur Verfügung gestellt werden könnte, mit der die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, z.B. für Kita- und Schulesen, Kita- und Schulausflüge, Musikunterricht, Nachhilfe, Sport, Spiel und Geselligkeit oder vergleichbare Angebote kultureller Jugendbildung sowie für die Teilnahme an Freizeiten unkompliziert abgerufen und durch die Leistungsträger direkt mit der Verwaltung abgerechnet werden kann. Dabei sollen Städte betrachtet werden, die eine solche Karte bereits umgesetzt haben (z.B. Hamm, Kiel, Rostock und Münster).

Der Stadtverordnetenversammlung wird im November 2021 über die Ergebnisse berichtet.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.8 Breitbandausbau im Ortsteil Grube
Vorlage: 21/SVV/0248
Ortsbeirat Grube

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- 1. einen Bericht zum derzeitigen Ausbaustatus für den Breitbandausbau in Grube und den zum Ortsteil Grube gehörenden Ortsteilen Schlänitzsee, Nattwerder, Neu-Grube Straße – Am Küssel und Am Bahnhof zu geben.**
- 2. ein durch die Verwaltung verbindliches zeitnahes Datum für den flächendeckenden Ausbau mit schnellem Internet (von mind. 50Mbit/s) zu benennen.**
- 3. die Teilnahme der Verwaltung und der Telekom im Rahmen einer Ortsbeiratssitzung in der 1. Jahreshälfte 2021 sicherzustellen.**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.9 Ortsumgehung OT Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0265
Ortsbeirat Groß Glienicke

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.

zu 6.10 Geschwindigkeitsanzeigenanlagen im OT Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0266
Ortsbeirat Groß Glienicke

Entsprechend der Empfehlung des **Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität** wird der Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 6.11 Digitaler Geschenkgutschein für Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0305
Fraktion Freie Demokraten

Zurückgestellt, da die Voten des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes sowie des Hauptausschusses fehlen.

zu 6.12 Schaffung einer Stelle zum Thema Seelische Gesundheit
Vorlage: 21/SVV/0307
Fraktion Freie Demokraten

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen im 1. Satz **zuzustimmen**:

*Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, wie eine Stelle im Fachbereich 41202 (~~Sozialpsychiatrischer und sozialmedizinischer Dienst~~) **Öffentlicher Gesundheitsdienst (unabhängig vom sozialpädiatrischen und sozialmedizinischen Dienst)** speziell für das Thema Seelische Gesundheit geschaffen werden kann **oder ein freier Träger beauftragt wird.***

...

Der **Jugendhilfeausschuss** empfiehlt, dem Antrag mit den vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfohlenen Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**.

Abstimmung:

Die vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfohlenen Änderungen/Ergänzungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, wie eine Stelle im Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (unabhängig vom sozialpädiatrischen und sozialmedizinischen Dienst) speziell für das Thema Seelische Gesundheit geschaffen werden kann oder ein freier Träger beauftragt wird.

Zur Finanzierung der Stelle sollen u.a. geprüft werden:

- **Welche Stellen im beschlossenen Stellenplan des GB 3 sind noch nicht besetzt (bitte Stellennummern und -bezeichnungen angeben)?**

- **Wie hoch sind die daraus resultierenden Einsparungen im Jahr 2021 (gegenüber dem Planansatz)?**
- **Wurden die entsprechenden Einsparungen bereits anderweitig verplant oder verausgabt (falls ja: wofür?)**
- **Wie könnten etwaige Finanzierungslücken anderweitig geschlossen werden?**

Ziele der zu schaffenden Stelle sind Prävention und Gesundheitsförderung als erste Anlaufstelle für Betroffene.

Diese Aufgaben resultieren aus dem Präventionsgesetzes (PrävG) und dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes (BbgGDG). Die bereits vorhandenen Fachstellen zur Konsumkompetenz und Suchtprävention können dabei als Orientierung dienen.

Zusätzlich soll geprüft werden, wie ab 2021 ein jährlicher Bericht auf kommunaler Ebene zu diesem Thema erstellt werden kann und welche Inhalte nötig sind.

Das Ergebnis des Prüfauftrags ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q3 2021 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.13 Kommunales Carsharing
Vorlage: 21/SVV/0344
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Zurückgestellt, da die Voten des Ausschusses für Finanzen sowie des Hauptausschusses fehlen.

zu 6.14 Baumpflanzung Ecke Kastanienallee/Zepplinstraße
Vorlage: 21/SVV/0345
Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.

zu 6.15 Aufnahme von Emilie Winkelmann in den Straßennamenpool Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0346
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen

Entsprechend der Empfehlung des **Ausschusses für Kultur** wird der Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 6.16 Parkflächen an Ladesäulen
Vorlage: 21/SVV/0361
Fraktionen DIE LINKE, SPD

Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfiehlt, dem Antrag **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass für Parkflächen an Ladesäulen für E-Fahrzeuge keine Parkgebühren entrichtet werden müssen. Zugleich sind diese Flächen ausschließlich für den Zweck des Ladevorgangs zu binden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.17 Einsetzung eines Arbeitskreises "Digitalisierung"

Vorlage: 21/SVV/0373

Fraktion Freie Demokraten

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung fehlt.

zu 6.18 Radweg Grube bis Wublitzbrücke

Vorlage: 21/SVV/0389

Ortsbeirat Grube

Entsprechend der Empfehlung des **Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität** wird der Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 6.19 Nachfrage Anträge OBR

Vorlage: 21/SVV/0390

Ortsbeirat Grube

Entsprechend der Empfehlung des **Hauptausschusses** wird der Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 6.20 Einwohner Potsdamer Norden

Vorlage: 21/SVV/0391

Ortsbeirat Grube

Entsprechend der Empfehlung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** wird der Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 6.21 Nachfrage Planfeststellung Wublitzbrücke

Vorlage: 21/SVV/0392

Ortsbeirat Grube

Entsprechend der Empfehlung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** wird der Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 6.22 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking
Vorlage: 21/SVV/0393
Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt, da die Voten des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion sowie des Hauptausschusses fehlen.

zu 6.23 Unterstützende Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemie-Spätfolgen bei Jugendlichen
Vorlage: 21/SVV/0395
Fraktion DIE aNDERE

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** und der **Jugendhilfeausschuss** empfehlen, dem Antrag **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung will kurzfristig und unbürokratisch die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche in der Landeshauptstadt Potsdam an den durch die anhaltende Pandemiesituation gestiegenen Bedarf anpassen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss und den freien Trägern der Jugendhilfe kurzfristig zu prüfen

- **in welchen Beratungsstellen finanzielle und personelle Ressourcen aufgestockt werden müssen,**
- **welche medizinischen und therapeutischen Angebote finanziell und personell aufgestockt werden müssen,**
- **ob im Zuge der Wiederöffnung der Schulen und zur Bearbeitung der psychischen und sozialpädagogischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen im Zuge des Distanzunterrichtes und der gesellschaftlichen Einschränkungen „Hilfen zur Erziehung“ in Form von sozialpädagogischer Gruppenarbeit an Schulen angeboten werden können,**
- **inwieweit die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Freizeitbereich und vor allem in den Ferien für Kinder und Jugendliche unter bestimmten Bedingungen aufrechterhalten werden können und**
- **wie im Fachbereich 23 Arbeitsüberlastung und Personalengpässe abgebaut werden können.**

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 6.24 Sportstättenflächen 'Am Vogelherd'
Vorlage: 21/SVV/0396
Fraktion AfD

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie mit den Grundstückseigentümern der Feldflächen an der Straße "Am Vogelherd" verhandelt werden kann über einen Flächenankauf zur Errichtung von wettkampffähigen Sportflächen anstelle der avisierten und erhaltenswerten Fläche im Remisenpark.

Der **Ausschuss für Bildung und Sport** empfiehlt, den Antrag als **durch Verwaltungshandeln erledigt** zu erklären. Der Stadtverordnete Said spricht sich namens der Fraktion AfD dagegen aus und bittet, diesen Antrag abzustimmen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Wollenberg, Fraktion DIE LINKE, beantragt, gemäß § 23 Abs. 1 e) Geschäftsordnung, die Drucksache als durch Verwaltungshandeln erledigt abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.25 Schadensersatz für Betreiber der Beachvolleyballanlage im Volkspark
Vorlage: 21/SVV/0397
Fraktion DIE aNDERE

Vor Feststellung der Tagesordnung wird dieser Antrag von der Fraktion DIE aNDERE **zurückgezogen**.

zu 6.26 Überarbeitung der städtischen Baumschutzverordnung
Vorlage: 21/SVV/0402
Fraktion DIE aNDERE

Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfiehlt, den Antrag **abzulehnen**.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderung der Potsdamer Baumschutzverordnung (PBaumSchVO) vorzubereiten.

§ 3 Abs. 2 a) soll so geändert werden, dass alle Bäume ab einem Stammumfang von 45 cm durch die PBaumSchVO geschützt werden. Eine Differenzierung nach dem Standort von Bäumen im Innen- oder Außenbereich soll nicht mehr vorgenommen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im August 2021 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei zahlreichen Stimmenthaltungen.

zu 6.27 Maßnahmen für eine bessere Sichtbarkeit antifaschistischen Gedenkens

Vorlage: 21/SVV/0411

Fraktionen DIE aNDERE, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der **Ausschuss für Kultur** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Ergänzung nach Punkt 3 im Beschlussvorschlag **zuzustimmen**:

Über die Umsetzung der Maßnahmen ist der Ausschuss für Kultur im November 2021 zu informieren.

Abstimmung:

Die vom **Ausschuss für Kultur** empfohlene Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so ergänzte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sichtbarkeit des antifaschistischen Gedenkens in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zu fördern. Dazu sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 1. Die Webseite der LHP soll um biographische Informationen zu den Potsdamer Bürger*innen ergänzt werden, die mit der Auszeichnung „Gerechte unter den Völkern“ geehrt wurden – ähnlich, wie über die jüdischen Mitbürger*innen im Kontext der Verlegung von Stolpersteinen informiert wird. Die Informationen sollen auch auf einer digitalen Karte abrufbar sein.**
- 2. Antifaschistische Erinnerungs- und Gedenkorte im Potsdamer Stadtgebiet sollen auf einer digitalen Karte auf der Webseite der LHP vermerkt werden. Dazu soll es eine kurze Beschreibung der Lage und Geschichte des jeweiligen Gedenk- und Erinnerungsortes geben. Auch andere Möglichkeiten zur Information und Sichtbarmachung am jeweiligen authentischen Ort selbst sollen geprüft werden.**
- 3. Die Landeshauptstadt Potsdam soll außerdem eine wissenschaftliche Untersuchung zum Todesmarsch beauftragen, der im Februar 1945 aus dem KZ Lieberose über das Potsdamer Stadtgebiet in das KZ Sachsenhausen führte. Zudem soll geprüft werden, wie die Route und wichtige Orte des Todesmarsches in geeigneter Weise ausgeschildert und sichtbar gemacht werden können.**

Über die Umsetzung der Maßnahmen ist der Ausschuss für Kultur im November 2021 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.28 **Weiterentwicklung des Konzepts zur Erinnerungskultur**
Vorlage: 21/SVV/0450
Fraktion CDU

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Kultur fehlt.

zu 6.29 **Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung**
Vorlage: 21/SVV/0455
Fraktion Freie Demokraten

Zurückgestellt, da die Voten der Ausschüsse für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion sowie für Klima, Umwelt und Mobilität fehlen.

zu 6.30 **Errichtung eines öffentlichen Spielplatzes in Klein-Glienicke**
Vorlage: 21/SVV/0490
Fraktion Freie Demokraten

Der **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Änderung im letzten Absatz **zuzustimmen**:

...
*Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q3-2021 **2022** vorgestellt werden.*

Abstimmung:
Die vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfohlene Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie ein öffentlicher Spielplatz in Klein Glienicke – gemäß B-Plan 92 „Klein Glienicke“ aus Oktober 2004 – schnellstmöglich eingerichtet werden kann, ggf. auch in Abstimmung mit dem Land Berlin aufgrund angrenzender Flächen.

Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Ende 2022 vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.31 Verwertung aussortierter Waren des Einzelhandels
Vorlage: 21/SVV/0493
Fraktion CDU

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, den Antrag **abzulehnen**.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie der Einzelhandel in Potsdam mit vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Vorgaben dazu gebracht werden kann, aussortierte aber noch verwendbare Waren möglichst im vollem Umfang der Suppenküche und/oder der Potsdamer Tafel zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

zu 6.32 Reduzierung des innerstädtischen Lieferverkehrs
Vorlage: 21/SVV/0494
Fraktion CDU

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.

zu 6.33 Verhandlungsauftrag zur Einführung einer Gelbe Tonne PLUS
Vorlage: 21/SVV/0495
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit fehlt.

zu 6.34 Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie
Vorlage: 21/SVV/0498
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah eine die Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie erarbeiten zu lassen **weiter zu entwickeln**.*

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft-

*PSAG kooperieren, weiterhin sollten weitere wichtige Akteur*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.*

*Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im Juni—**September** 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im ~~September~~ **November** 2021 erfolgen.*

Der **Jugendhilfeausschuss** empfiehlt, dem Antrag mit den vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfohlenen Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**.

Abstimmung:

Die vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfohlenen Änderungen/Ergänzungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah die Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie weiter zu entwickeln.

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft-PSAG kooperieren, weiterhin sollten weitere wichtige Akteur*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.

Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im September 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im November 2021 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 6.35 Öffentliche Tennisplätze im Potsdamer Norden

Vorlage: 21/SVV/0499

Fraktion CDU

Der **Ausschuss für Bildung und Sport** empfiehlt, dem Antrag mit folgender

Änderung im 1. Absatz **zuzustimmen**:

*Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, zu prüfen, wo und wie ~~im Potsdamer Norden~~ **in Potsdam** ein Angebot an öffentlich nutzbaren Tennisplätzen etabliert werden kann.*

...

Abstimmung:

Die vom Ausschuss für Bildung und Sport empfohlene Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, zu prüfen, wo und wie in Potsdam ein Angebot an öffentlich nutzbaren Tennisplätzen etabliert werden kann.

Dem Ausschuss für Bildung und Sport ist im Dezember 2021 über mögliche Maßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 6.36 Pflege vor Ort gestalten

Vorlage: 21/SVV/0501

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Liste von Projekten zu erstellen, die mit Mitteln des Landesprogramms Pflege vor Ort umgesetzt werden können. Das Netzwerk Gut Älterwerden, ~~und~~ der Seniorenbeirat **sowie der Migrant*innenbeirat, der Beirat für Menschen mit Behinderung** der Landeshauptstadt Potsdam (**nicht abschließend**) sollen dabei beteiligt werden. Insbesondere soll geprüft werden, wie eine systematische Wohnraumberatung und Alltagsunterstützende Angebote nach SGB XI gefördert werden können. Die notwendigen Eigenanteile sollen bereitgestellt werden.*

*Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung ~~noch vor der Sommerpause~~ **zum 22. September 2021** zu berichten.*

Abstimmung:

Die vom **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfohlenen Änderungen und Ergänzungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Liste von Projekten zu erstellen, die mit Mitteln des Landesprogramms Pflege vor Ort umgesetzt werden können. Das Netzwerk Gut Älterwerden, der Seniorenbeirat sowie der Migrantenbeirat, der Beirat für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Potsdam (nicht abschließend) sollen dabei beteiligt werden. Insbesondere soll geprüft werden, wie eine systematische Wohnraumberatung und Alltagsunterstützende Angebote nach SGB XI gefördert werden können. Die notwendigen Eigenanteile sollen bereitgestellt werden.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zum 22. September 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

- zu 6.37 Machbarkeitsprüfung Brücke Kiewitt/Hermannswerder**
Vorlage: 21/SVV/0502
Fraktion SPD

Zurückgestellt, da die Voten der Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes sowie für Klima, Umwelt und Mobilität fehlen.

- zu 6.38 Prüfung der Neuausweisung eines Landschaftsschutzgebietes Havelseen**
Vorlage: 21/SVV/0506
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität fehlt.

- zu 6.39 Verkehrsberuhigung in Grube**
Vorlage: 21/SVV/0508
Fraktionen SPD, B90/die Grünen, die LINKE

Der **Ortsbeirat Grube** und der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfehlen, dem Antrag **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie an der Bundesautobahn 10, Anschlussstelle Töplitz/Leest, die Fahrt durch den Potsdamer Ortsteil Grube für Kraftfahrzeuge über einer zulässigen Gesamtmasse von 3,5 t – ausgenommen Pkw und Busse – ausgeschlossen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.40 Digitale Abstimmungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 21/SVV/0509
Fraktionen SPD, B90/die Grünen, die LINKE

Der **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** und der **Hauptausschuss** empfehlen, dem Antrag **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, inwieweit digitale Abstimmungen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung Potsdam realisierbar sind. Die Prüfung soll unter anderem dezidiert auf die Faktoren IT-Sicherheit, Rechtssicherheit, Transparenz, Partizipation und Kosten-Nutzen Verhältnis eingehen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung bis zum Q2 2022 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.41 Temporäre Sporthalle für die Schule am Schloss
Vorlage: 21/SVV/0510
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen

Der **Ausschuss für Bildung und Sport** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Ergänzung nach dem letzten Absatz **zuzustimmen**:

...
Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2021 zu berichten.

Abstimmung:
Die vom Ausschuss für Bildung und Sport empfohlene Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so ergänzte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie und wo die temporäre Bereitstellung von Sporthallenkapazitäten für die „Schule am Schloss“ für die Restlaufzeit des Standorts Esplanade/Georg-Herrmann-Allee realisiert werden kann.

In die Prüfung sollen insbesondere die Flächen im Umfeld des momentanen Standortes der Schule sowie im Umfeld des Volksparks wie etwa den Parkplatz und den Betriebshof der Biosphäre einbezogen werden.

Diese Prüfung soll begleitend zur Durchführung der Machbarkeitsstudie für eine weitergehende Biosphärennutzung erarbeitet werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7 **Anträge**

neu **Bebauungsplan Nr. 34-5 Kleingartenanlage An der Katharinenholzstraße
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 21/SVV/0691
Fraktion DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen**

Der Antrag wird namens der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen von der Stadtverordneten Lange eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 34-5 "Kleingartenanlage An der Katharinenholzstraße" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2).
2. Der Bebauungsplan Nr. 34-5 "Kleingartenanlage An der Katharinenholzstraße" in seinen Geltungsbereichsgrenzen ist aus dem räumlichen Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34 "Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße" herauszulösen (gemäß Anlage 3).
3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1Q entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/SVV/059) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 4).

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

neu **Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 34-5 'Kleingartenanlage An der Katharinenholzstraße'
Vorlage: 21/SVV/0692
Fraktion DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

Der Antrag wird namens der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen von der Stadtverordneten Lange eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 34-5 „Kleingartenanlage An der Katharinenholzstraße“ wird gemäß § 14 BauGB beschlossen (gemäß Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.1 **Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter stärken**

Vorlage: 21/SVV/0636

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE

Der Antrag wird namens der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, und DIE LINKE von der Stadtverordneten Hüneke eingebracht.

Änderungsantrag:

Die Fraktion DIE LINKE hat folgenden Änderungsantrag gestellt:

Nummer 5 wird ersetzt durch folgenden Absatz:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, sich im Sinne des Beschlusses zum Grundrecht auf Wohnen von 5.5.2021 (DS 21/SVV/0448) sowohl direkt als auch im Rahmen des Deutschen Städtetages gegenüber den zuständigen Ebenen des Bundes und des Landes Brandenburg für folgende Maßnahmen gegen den Mietenanstieg einzusetzen:

- 1. Reform des Mietrechts u.a. durch Begrenzung des regulären Mietanstiegs und Erhöhung kostenausgleichender Fördermittel in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten.*
- 2. Steigerung der Förderung des dauerhaft Mietpreis- und Belegungsgebundenen, sowie des sozialen Wohnungsneubaus, der Förderung nachhaltiger und ökologischer Entwicklungs- und Baukonzepte, sowie des barrierefreien Wohnens.*
- 3. Kostenfreie Abgabe von Grundstücken an die Kommunen zur nachhaltigen Quartiersentwicklung mit sozialer Infrastruktur und sozialem Wohnungsbau und Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen zu fairen Preisen.- Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.*
- 4. Maßnahmen gegen Spekulationen wie u.a. die Besteuerung leistungsloser Bodenwertgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke. - Beschluss einer Verordnung nach §172 (1) BauGB, die in Milieuschutzgebieten eine Umwandlung von Mietwohnungsraum in Wohnungseigentum oder Teileigentum unter Genehmigungsvorbehalt durch die Kommune stellt.*

Abstimmung:

Die o.g. Änderungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Dr. Zalfen beantragt namens der Fraktion SPD die namentliche Abstimmung.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung teilt die Sorgen vieler Menschen vor der Belastung durch steigende Mieten. Sie setzt sich mit allen ihr rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Dämpfung des Mietenanstiegs sowohl auf kommunaler Ebene als auch gegenüber dem Land Brandenburg und der Bundesebene ein.**

2. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu den Unternehmenszielen der ProPotsdam:
 - Wohnraumversorgung absichern und ausbauen
 - Sozialen Wohnungsbau realisieren
 - Energetische Sanierung durchführen
 - Nachhaltige Quartiersentwicklung steuern und beauftragt den Oberbürgermeister als Gesellschafter, dafür Sorge zu tragen, diese weiterhin ausgewogen umzusetzen. Eine einseitige Schwächung der gemeinwohlorientierten städtischen Wohnungsbaugesellschaft gegenüber dem überwiegend gewinnorientierten privaten Immobilienmarkt würde zu einer weiteren Verschärfung der gesamtstädtischen Mietpreisproblematik führen und wird daher abgelehnt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bemühungen der in „Stadtspuren“ zusammengeschlossenen sozialen Wohnungswirtschaft, ihren Anteil am Gesamtaufkommen des Wohnungsbestandes in Potsdam wieder deutlich zu erhöhen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, bei der Vergabe kommunaler Grundstücke oder von Grundstücken kommunaler Unternehmen für den Wohnungsbau im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie Grundstücksverkäufe und allen weiteren zur Verfügung stehenden Instrumenten sicherzustellen, dass auf diesen Flächen überwiegend sozialer Wohnraum mit langfristigen Mietpreisbindungen entsteht.
5. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, sich im Sinne des Beschlusses zum Grundrecht auf Wohnen von 5.5.2021 (DS 21/SVV/0448) sowohl direkt als auch im Rahmen des Deutschen Städtetages gegenüber den zuständigen Ebenen des Bundes und des Landes Brandenburg für folgende Maßnahmen gegen den Mietanstieg einzusetzen:
 1. Reform des Mietrechts u.a. durch Begrenzung des regulären Mietanstiegs und Erhöhung kostenausgleichender Fördermittel in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten.
 2. Steigerung der Förderung des dauerhaft Mietpreis- und Belegungsgebundenen, sowie des sozialen Wohnungsneubaus, der Förderung nachhaltiger und ökologischer Entwicklungs- und Baukonzepte, sowie des barrierefreien Wohnens.
 3. Kostenfreie Abgabe von Grundstücken an die Kommunen zur nachhaltigen Quartiersentwicklung mit sozialer Infrastruktur und sozialem Wohnungsbau und Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen zu fairen Preisen.- Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.
 4. Maßnahmen gegen Spekulationen wie u.a. die Besteuerung leistungsloser Bodenwertgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke. - Beschluss einer Verordnung nach §172 (1) BauGB, die in Milieuschutzgebieten eine Umwandlung von Mietwohnungsraum in Wohnungseigentum oder Teileigentum unter Genehmigungsvorbehalt durch die Kommune stellt.
6. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein breit zugängliches Dialogforum zu Fragen des sozialen Wohnens in Potsdam einzurichten. In dem Dialogforum soll es insbesondere darum gehen,

wirksame Instrumente der sozialen Wohnungsversorgung in Potsdam im Rahmen einer öffentlichen Diskussion zu entwickeln. Dabei soll der ausgewogene Ausgleich zwischen -sozialverträglichen Mietbelastungen von Haushalten mit niedrigen Einkommen, -die Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen und -die konsequente Umsetzung der energetischen und generationsgerechten Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes die Grundlage für eine beständige soziale Wohnraumversorgung und eine nachhaltige Quartiersentwicklung sein. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Sitzung der SVV im September 2021 einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen, mit dem Ziel, das Dialogforum noch in diesem Jahr zu starten.

Abstimmungsergebnis:

mit 31 Ja-Stimmen angenommen,
bei 20 Nein-Stimmen
und 2 Stimmenenthaltungen.

Die Liste der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 7.2 Schule im Stadtteil - in der Pappelallee

Vorlage: 21/SVV/0621

Fraktion DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Zurückgestellt – wird zusammen mit der DS 21/SVV/0518, Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026, in einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.06.2021 beraten.

zu 8 Einwohnerfragestunde

19:00 – 19:13 Uhr

Die Frage zum Thema:

Fußwegkonzept (Frage 1)

wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, beantwortet.

Die Frage zum Thema:

Streugut liegt auf Gehwegen noch im Mai! (Frage 2)

Die Fragestellerin ist nicht anwesend, so dass gemäß Anlage 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung auf die Beantwortung dieser Frage in der Einwohnerfragestunde verzichtet wird.

Die Frage zum Thema:

Schulneubau Babelsberg ASüd (Frage 3)

wird von der Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Auel, beantwortet.

zu 7.3 Aktionsprogramm zur Belebung des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0635
Fraktion CDU

Der Antrag wird namens der Fraktion CDU vom Stadtverordneten Finken eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Friederich, Fraktion CDU, beantragt die **Überweisung** in die **Ausschüsse für Finanzen** sowie für **Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes**.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur Wiederbelebung des Einzelhandels und der Gastronomie im Rahmen der Wirtschaftsförderung zusammen mit den Akteuren, Interessengemeinschaften, Zusammenschlüssen und Verbänden kurzfristig ein schnell umsetzbares Aktionsprogramm zu entwickeln, das in der Innenstadt und der Stadtteilen durchgeführt werden kann.

Dazu ist ein Fond mit entsprechenden Förderrichtlinie einzurichten, mit dem durch eine Jury ausgewählte Aktionen mit max. 10.000 Euro unterstützt werden. Dabei soll der Handel, das Handwerk und Gewerbe im gesamten Stadtgebiet in seiner Gesamtheit profitieren. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wird der Fonds auf 200.000 Euro begrenzt und im Haushalt berücksichtigt. Förderprogramme des Landes und/oder des Bundes sind zu nutzen.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländlicher Raum ist bis September das Konzept sowie die geplante Umsetzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt.**

zu 7.4 Eisverkauf im BUGA-Volkspark
Vorlage: 21/SVV/0624
Fraktion DIE aNDERE und Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird namens der Fraktionen DIE aNDERE und DIE LINKE vom Stadtverordneten Linke eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter in den städtischen Betrieben - beauftragt, dafür zu sorgen, dass keine Verträge mehr abgeschlossen oder verlängert werden,

die die Pächter im BUGA-Volkspark verpflichten, nur noch Eis der Marke Langnese oder einer anderen Firma zu verkaufen.

Der Hauptausschuss soll über den Sachstand im August 2021 unterrichtet werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.5 Erstellung von Bilanzen für den "Konzern Stadt"
Vorlage: 21/SVV/0640
Fraktion AfD

Der Antrag wird namens der Fraktion AfD vom Stadtverordneten Wobeto eingebracht.

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt zu veranlassen, dass die Landeshauptstadt Potsdam rückwirkend ab dem 31.12.2015 und dann jährlich zum Stichtag 31.12. eine Konzernbilanz aufstellt, die den Schuldenstand des "Konzerns Potsdam" vollständig ausweist.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

zu 7.6 Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes
Vorlage: 21/SVV/0641
Fraktion Freie Demokraten

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (SVV) verpflichtet sich, den Gewerbesteuerhebesatz in der aktuellen Wahlperiode der SVV nicht weiter zu erhöhen (Selbstbindungsbeschluss).

Der Antrag wird namens der Fraktion der Freien Demokraten vom Stadtverordneten Teuteberg eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:
Die Stadtverordnete Becker, Fraktion der Freien Demokraten, beantragt die **Überweisung** in den **Hauptausschuss zur Erledigung**.

Abstimmung:
Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.7 Illegale Müllentsorgung vermeiden

Vorlage: 21/SVV/0627

Fraktion Bürgerbündnis

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 7.8 Gefahrensituation Kreuzung/Parkplatz in der Potsdamer Str. 177

Vorlage: 21/SVV/0647

Fraktion SPD

Der Antrag wird namens der Fraktion SPD vom Stadtverordneten Troche eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie die Gefahrensituation an der Kreuzung des Parkplatzes Potsdamer Str. 177 mit den bestehenden verkehrsrechtlichen Möglichkeiten entschärft werden kann. In die Prüfung soll ebenfalls das Aufstellen einer weiteren Ampel und/oder das Versetzen der bereits vorhandenen Ampel einbezogen werden. Ebenfalls wird der Oberbürgermeister beauftragt, zeitnah Kontakt mit dem oder den Eigentümer/n des Parkplatzes Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, die aktuelle Gefahrenlage auf dem Parkplatz zu entschärfen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.9 Betrauung des KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse

Vorlage: 21/SVV/0623

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Die Vorlage wird von der Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, in der Fassung vom 31.05.2021 eingebracht.

Nach kontroverser Diskussion:

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Said beantragt namens der Fraktion AfD die namentliche Abstimmung.

Die Vorlage wird in der Fassung vom 31.05.2021 zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Die Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH (KEvB) wird für eine Dauer von maximal 10 Jahren mit der Wahrnehmung von Dienstleistungsaufgaben von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam betraut. Die Betrauung beginnt mit Wirkung des 1. (ersten) Kalendertages des auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung folgenden Monats.**

Der von der Landeshauptstadt Potsdam an die KEvB für die im Rahmen der Betreuung zu erbringenden Dienstleistungsaufgaben zu zahlende Ausgleich wird jeweils mit den Beschlüssen zum Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung entschieden. Die Entscheidung über den konkreten Verlustausgleich hat sich an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Potsdam auszurichten (§ 96 Abs. 1 Ziff. 3 BbgKVerf).

2. Im Verlauf der 10-jährigen Betreuung sind durch die KEvB gGmbH alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Defizit der KEvB gGmbH und mithin den nötigen Zuschussbedarf durch die Landeshauptstadt Potsdam wirtschaftlich auszugleichen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den als Anlage 1 beigefügten Betrauungsakt zu erlassen.
4. Der nach § 2 des Betrauungsaktes vorgesehene Verlustausgleich soll in den Jahren 2020-2023 wie folgt geleistet werden:

Jahre	Ausgangsgröße beihilfefähiger Betrag KEvB	Maximale Obergrenze des Defizitausgleichs seitens der LHP	Eigenbeitrag des KEvB
2020	10,37 Mio. EUR	0	10,37 Mio. EUR
2021	10,50 Mio. EUR	8,00 Mio. EUR	2,50 Mio. EUR
2022	10,50 Mio. EUR	7,65 Mio. EUR	2,85 Mio. EUR
2023	10,50 Mio. EUR	6,50 Mio. EUR	4,00 Mio. EUR
Zwischenergebnis für die vier Jahre 2020-2023			
Gesamt	41,87 Mio. EUR	22,15 Mio. EUR (53%)	19,72 Mio. EUR (47%)

5. Zur Sicherung der Liquidität gewährt die Landeshauptstadt Potsdam der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH auf der Grundlage eines gesonderten Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung ein Gesellschafterdarlehen bzw. einen Kassenkredit.

Abstimmungsergebnis:

mit 42 Ja-Stimmen angenommen,
bei 7 Nein-Stimmen
und 4 Stimmenthaltungen.

Die Liste der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 7.10 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden

Vorlage: 21/SVV/0632

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Neubau von kommunalen Gebäuden in Potsdam besonders hohe Gebäudeenergiestandards umzusetzen und die ökologische Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck gelten für die Errichtung kommunaler Hochbauten der Stadt, des Kommunalen Immobilienservices (KIS) und durch Gesellschafterbeschluss auch der Pro Potsdam und ihrer Tochtergesellschaften folgende Grundsätze:

1. Neubauten werden ab sofort mindestens entsprechend dem Effizienzstandard EG 55 NH oder EH 55 NH geplant, so dass für sie die entsprechende hohe Förderung aus dem Programm „Bundesförderung effiziente Gebäude“ beantragt werden kann; Abweichungen sind besonders zu begründen.
2. Ab 2025 werden Neubauten werden mindestens entsprechend dem Effizienzstandard EG 40 NH oder EH 40 NH geplant, so dass für sie die entsprechende hohe Förderung aus dem Programm „Bundesförderung effiziente Gebäude“ beantragt werden kann; Abweichungen sind besonders zu begründen.
3. Außerhalb des Fernwärmevorranggebietes werden Neubauten so geplant, dass ihr Energiebedarf weitgehend aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird, so dass die Anforderungen der „EE-Klasse“ der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) eingehalten wird. Innerhalb des Fernwärmevorranggebietes kann regelmäßig auf die Fernwärme der EWP zurückgegriffen werden.
4. Bei der Gestaltung der Außenanlagen ist die Pflanzung zahlreicher Bäume vorzusehen.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und ländliche Entwicklung (SBWL) ist regelmäßig zu berichten, der erste Zwischenbericht soll im Februar 2022 erfolgen.

Der Antrag wird namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Stadtverordneten Dörschel eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt die **Überweisung** in den **Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service** sowie in die **Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** und für **Klima, Umwelt und Mobilität**.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.11 Skulpturenpfad Walk of Modern Art Potsdam und Kunstwerke aus der DDR-Zeit aufwerten

Vorlage: 21/SVV/0550

Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen

Der Antrag wird namens der Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die

Grünen vom Stadtverordneten Krämer eingebracht.
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bestehenden „Walk of Modern Art Potsdam“ bis zum KreativQuartier Plantage zu verlängern sowie verstärkt regionale zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler einzubeziehen.

Weiterhin soll der Oberbürgermeister in Abstimmung mit dem Beirat für Kunst im öffentlichen Raum prüfen, welche Flächen entlang der Havel – von der Schiffbauergasse bis hin zur Neustädter Havelbucht – für weitere Kunstwerke im öffentlichen Raum geeignet sind. Bei der Umsetzung sollen auch Wettbewerbe möglich sein.

Zusätzlich sollen die Kunstwerke aus der DDR-Zeit und nach 1990 in einem Stadtführer im Überblick publiziert werden, der die verschiedenen Phasen kenntlich macht. Beim „Walk of Modern Art Potsdam“ sind jeweils an den Ausgangspunkten Potsdam-Museum und Schiffbauergasse eine Überblickstafel aufzustellen. Nach der weiteren Entwicklung bis zur Plantage ist dies dort zu ergänzen.

Der Kulturausschuss ist in seiner Sitzung im November über die Ergebnisse zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.12 Erlebnisraum Innenstadt
Vorlage: 21/SVV/0633
Fraktion CDU

Der Antrag wird namens der Fraktion CDU vom Stadtverordneten Friederich eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:
Der Stadtverordnete Viehrig, Fraktion CDU, beantragt die **Überweisung** in den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes**.

Abstimmung:
Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt ein Konzept „Erlebnisraum Innenstadt“ für Potsdam zu erarbeiten. Das Konzept soll der Geschäftsentwicklung, der Ingangsetzung, der Gründungs- und der Anschubfinanzierung für Gewerbe mit Erlebnischarakter dienen. Für ein mögliches Investitionsprogramm sollen Landes- und Bundesfördermittel und weitere Finanzierungsoptionen geprüft werden.

Das Ziel des Konzeptes soll die Etablierung eines Modellprojektes „Potsdam Erlebnisraum Innenstadt“ werden. Das Konzept soll den Wandel der Innenstadt als Gastronomie- und Einzelhandelsstandort zum Erlebnisraum nachhaltig finanziell und verwaltungsseitig begleiten und unterstützen.

Dabei sollen folgende Eckpunkte geprüft werden:

- Erwerb und/oder Zwischenanmietung leerstehender Ladenflächen in der Potsdamer Innenstadt durch die Landeshauptstadt Potsdam
- Entwicklung, Konzeption, Ausstattung, Förderung und anteilige Finanzierungskosten der Ingangsetzungskosten erlebnisorientierter Gewerbe = Publikumsmagnete
- Investitionsförderung zur Ansiedlung speziell erlebnisorientierter Gewerbe ohne Einschränkung auf Gastronomie und Handel
- Einrichtung eines Potsdam Erlebnisrats aus Mitgliedern der Kreativwirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

zu 7.13 Empfehlung der Corona-Datenbank an Brandenburger Kommunen und das RKI

Vorlage: 21/SVV/0608

Fraktion AfD

Der Antrag wird namens der Fraktion AfD vom Stadtverordneten Said eingebracht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Corona-Datenbanklösung der Landeshauptstadt Potsdam (EiIP) wird durch den Oberbürgermeister unter anderem über die interkommunale Arbeitsgruppe den Brandenburger kreisfreien Städten und Gemeinden, dem Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit sowie dem Robert-Koch-Institut (RKI) als Bundesinstitut im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit vorgestellt und für den Einsatz zur Erfassung und Nachverfolgung von Infizierten bzw. Erkrankten der derzeitigen und zukünftiger Pandemien empfohlen.

Ein Bericht zur Umsetzung erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung im August 2021.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

zu 7.14 Straßenquerung Potsdamer Str./Ribbeckstr. sicherer gestalten!

Vorlage: 21/SVV/0648

Fraktion SPD

Der Antrag wird namens der Fraktion SPD vom Stadtverordneten Adler eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, ob im Bereich der Straßenquerung Potsdamer Str., Höhe Einmündung Ribbeckstraße (14469 Potsdam), das Aufstellen des Verkehrszeichens 136-10 „Achtung Kinder“ verkehrsrechtlich und verkehrsinfrastrukturell möglich ist und zur sicheren Gestaltung des Kreuzungsbereiches sinnvoll beitragen kann!

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.15 Kreditaufnahme des KIS gemäß Wirtschaftsplan 2019

Vorlage: 21/SVV/0591

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service

Die Vorlage wird vom Beigeordneten für Finanzen, Investitionen und Controlling, Herrn Exner, eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Aufnahme von Krediten in Höhe von 32.707.455 € zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen gemäß Wirtschaftsplan 2019 durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS) Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

- **Kommunalkredit, Annuitätendarlehen mit anfänglicher Tilgung von mindestens 1 % p. a. bzw. Ratenkredit**
- **max. Zinssatz 3,0 % p. a.**

Die Kreditaufnahme hat innerhalb von 5 Monaten nach Beschlussfassung zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.16 Radwege

Vorlage: 21/SVV/0530

Ortsbeirat Grube

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Klima, Umwelt und Mobilität sowie für Finanzen

zu 7.17 Planwerk Gewässer

Vorlage: 21/SVV/0531

Ortsbeirat Grube

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 7.18 Ruderclub Vineta bei der Ansiedlung in Krampnitz unterstützen

Vorlage: 21/SVV/0522

Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, für Bildung und Sport, für Klima, Umwelt und Mobilität sowie in den Ortsbeirat Fahrland

zu 7.19 Durchführung eines ergänzenden Verfahrens zur Entwicklungssatzung für den

Entwicklungsbereich Bornstedter Feld

Vorlage: 21/SVV/0532

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Die Vorlage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herrn Rubelt, eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. **Es wird ein ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB zur erneuten (rückwirkenden) Inkraftsetzung der von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam am 04.12.1991 beschlossenen Entwicklungssatzung für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld durchgeführt. Dazu wird zu 2. eine Satzung mit dem damaligen Satzungstext der §§ 1 und 2 beschlossen. Der weitere Inhalt dieser Satzung ergibt sich aus den zu beachtenden Förmlichkeiten eines ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB.**
2. **Die Satzung wird auf Grundlage des § 214 Abs. 4 BauGB beschlossen (gemäß Anlagen 1 und 2).**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.20 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von Beschlüssen)

Vorlage: 21/SVV/0566

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität sowie in den Hauptausschuss

zu 7.21 Abgeltungsvereinbarung zum B-Plan 11A "Waldsiedlung Groß Glienicke"

Vorlage: 21/SVV/0568

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Konsensliste – überwiesen in den Hauptausschuss sowie in den Ortsbeirat Groß Glienicke

zu 7.22 Eine Freiflächensolaranlage für die Deponie Golm

Vorlage: 21/SVV/0584

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Energie- und Wasser GmbH (EWP) über die Nutzung der Fläche der begrünter, stillgelegten Deponie Golm, für die die Stadt Potsdam die Nachsorgeverpflichtung trägt, durch eine Freiflächensolaranlage zu verhandeln.

Sollten diese Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, wird der Oberbürgermeister damit beauftragt, die Fläche zur Nutzung durch ein externes Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin ist zu prüfen, ob auf dem Gelände der ehemaligen Hausmülldeponie Golm ein B-Plan „*Sondergebiet PV-Freiflächenanlage*“ aufgestellt werden kann bzw. muss. Gegebenenfalls ist ein Verfahren für die Erstellung eines B-Plans einzuleiten.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist in der Dezembersitzung 2021 ein erster Zwischenbericht zu geben.

Der Antrag wird namens der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE vom Stadtverordneten Dörschel eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Dr. Zöller, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt die **Überweisung** in den **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** sowie in den **Ortsbeirat Golm**.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.23 Anbringung Gedenktafel für die Schüler Eylert, Tauer und Douglas

Vorlage: 21/SVV/0590

Fraktion AfD

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Am Eingang Hegelallee des Albert-Einstein-Gymnasiums (Hegelallee 30) wird nach dem vorhandenen Vorbild der Gedenktafel für Helmuth James Graf von Moltke, eine Gedenktafel für die vom sowjetischen Militärangehörigen SMERSH in Potsdam ermordeten Schüler Klaus Eylert, Klaus Tauer und Joachim Douglas angebracht.

Der Antrag wird namens der Fraktion AfD vom Stadtverordneten Said eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Linke, Fraktion DIE aNDERE, beantragt die **Überweisung** in den **Ausschuss für Kultur**.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.24 Transparenzsetzung Open-Government-Data

Vorlage: 21/SVV/0593

Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung sowie in den Hauptausschuss

zu 7.25 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0594

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, für Klima, Umwelt und Mobilität sowie in alle Ortsbeiräte

zu 7.26 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen

Vorlage: 21/SVV/0595

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion, in den Jugendhilfeausschuss sowie in alle Ortsbeiräte

zu 7.27 Erinnerungsort im heutigen "Freiland" für die Zwangsarbeiter der Arado Flugzeugwerke GmbH

Vorlage: 21/SVV/0607

Fraktion AfD

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Kultur

zu 7.28 2-Jahres-Verträge für Künstler des Hans-Otto-Theaters

Vorlage: 21/SVV/0609

Fraktion AfD

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen und Möglichkeiten bestehen, um den Künstlern im Hans-Otto-Theater Arbeitsverträge mit 2jähriger Dauer anbieten zu können.

Der Antrag wird namens der Fraktion AfD vom Stadtverordneten Olbrich eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Dr. Zalfen, Fraktion SPD, beantragt die **Überweisung** in den **Ausschuss für Kultur**.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.29 Zugang und Nutzung Digitaler Technologien für alle ermöglichen
Vorlage: 21/SVV/0625

Stadtverordnete Heuer, Adler, Armbruster, Dr. Rüniger, Vandrè, Finken, Heigl, L.Teuteberg

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung sowie für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zu 7.30 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
Vorlage: 21/SVV/0630

Fraktion DIE LINKE

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, für Klima, Umwelt und Mobilität sowie in den Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service

zu 7.31 Bündnis für lebendige Innenstädte
Vorlage: 21/SVV/0631

Fraktion CDU

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

zu 7.32 Potsdams kreatives Museums Quartier
Vorlage: 21/SVV/0638

Fraktion DIE LINKE

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Kultur und für Finanzen

zu 7.33 Untersuchung zur Optimierung Straßenreinigung/Winterdienst
Vorlage: 21/SVV/0642

Fraktionen DIE LINKE und SPD

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 7.34 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP
Vorlage: 21/SVV/0644
Fraktion DIE LINKE

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung und für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 7.35 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Klima, Umwelt und Mobilität, für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

zu 9 Gremienbesetzung

zu 9.1 Entsendung eines Mitglieds des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit in den Präventionsrat
Vorlage: 21/SVV/0544
Fraktion AfD

Der Antrag wird namens der Fraktion AfD vom Stadtverordneten Said eingebracht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Bei der Besetzung des Präventionsrates erhält der federführende Ausschuss für Ordnung und Sicherheit automatisch einen Sitz, dessen Besetzung der Ausschuss mit einfacher Mehrheit aus seinem Kreis beschließt. Der Präventionsrat berichtet sowohl dem Ausschuss für Ordnung und Sicherheit als auch dem Hauptausschuss mindestens zweimal pro Jahr im Anschluss an eigene Sitzungen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Sitzungsleitung:

1. stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Armbruster, die eingangs zu der Beschlussvorlage ausführt.

zu 9.2 Abberufung und Berufung eines Mitgliedes des Kuratoriums der kommunalen Stiftung "Stiftung Altenhilfe Potsdam"
Vorlage: 21/SVV/0567
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Frau Imke Eisenblätter wird als Vertreterin der

Stadtverordnetenversammlung aus dem Kuratorium der kommunalen Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ abberufen.

2. **Herr Pete Heuer wird als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung in das Kuratorium der Kommunalen Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ berufen.**

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

Sitzungsleitung:

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, Herr Heuer

zu 10 Mitteilungsvorlagen

**zu 10.1 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0569**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

**zu 10.2 Jahresbericht des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt 2019/2020
Vorlage: 21/SVV/0570**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zu 11 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister

**zu 11.1 Vorlage des fortgeschriebenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes
gemäß Beschluss: 18/SVV/0181**

Der Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 26.05.2021 um eine Berichterstattung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2021 gebeten.

Abstimmung:

Die vom Oberbürgermeister beantragte Terminverschiebung auf **Dezember 2021** wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 11.2 Prüfergebnis - kostenloses Schülerticket
gemäß Beschluss: 19/SVV/0597**

**zu 11.2.1 Vorgehen zur Einführung eines kostenlosen Schüler- und Azubitickets
Vorlage: 21/SVV/0600**

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Bildung und Sport und für Klima, Umwelt und Mobilität

**zu 11.3 Prüfergebnis bezüglich Ideenwettbewerb für Kita / Bürgertreff in der David-Gilly-Straße
gemäß Beschluss: 19/SVV/0687**

Der Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 31.05.2021 um eine Berichterstattung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im November 2021 gebeten.

Abstimmung:

Die vom Oberbürgermeister beantragte Terminverschiebung auf **November 2021** wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 11.4 Bericht bezüglich Ergänzung barrierefreie Routen aus den Wohngebieten in die Innenstadt
gemäß Beschluss: 19/SVV/0914**

**zu 11.4.1 Barrierefreie Routen aus den Wohngebieten in die Innenstadt
Vorlage: 21/SVV/0601**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

**zu 11.5 Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur räumlichen Erweiterung des Potsdam Museums - "Potsdamer Kunst ans Licht"
gemäß Beschluss: 19/SVV/1159 und Mitteilungsvorlage 21/SVV/0074**

**zu 11.5.1 Potsdamer Kunst ans Licht - Machbarkeitsstudie zur Flächenerweiterung am bestehenden Bau des Potsdam Museums
Vorlage: 21/SVV/0596**

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Kultur

**zu 11.6 Konzept bezüglich Potsdam Museum ins KreativQuartier
gemäß Beschluss: 20/SVV/1463**

**zu 11.6.1 Potsdam Museum ins KreativQuartier - Mietangebot und Konzept
Vorlage: 21/SVV/0597**

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Kultur

**zu 11.7 Entwurf einer Lichtschutzleitlinie
gemäß Beschluss: 19/SVV/1291**

Der Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 10.05.2021 um eine Berichterstattung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im September 2021 gebeten.

Abstimmung:

Die vom Oberbürgermeister beantragte Terminverschiebung auf **September 2021** wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 11.8 Zwischenbericht bezüglich Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
gemäß Beschluss: 20/SVV/0032**

**zu 11.8.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
Vorlage: 21/SVV/0672**

Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

**zu 11.9 Zwischeninformation - Sozialzentrum
gemäß Beschluss: 20/SVV/0259**

**zu 11.9.1 Zwischenbericht Sozialzentrum
Vorlage: 21/SVV/0599**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zu 11.10 **Bericht über die Umsetzung 'Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro'**
gemäß Beschluss: 20/SVV/0332

zu **"Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro"**
11.10.1 **Vorlage: 21/SVV/0675**
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zu 11.11 **Vorlage einer Anlagerichtlinie - Divestment und Finanzanlage nach ökologischen, sozialen und Good Governance- Kriterien**
gemäß Beschluss: 20/SVV/0849

Der Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 14.05.2021 um eine Berichterstattung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.08.2021 gebeten.

Abstimmung:

Die vom Oberbürgermeister beantragte Terminverschiebung auf den **25.08.2021** wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 11.12 **Vorlage einer Transparenzsatzung**
gemäß Beschluss: 20/SVV/0864

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Heuer, erklärt, dass sich die Berichterstattung mit der Vorlage der Transparenzsatzung, **DS 21/SVV/593, TOP 7.24, erledigt** hat.

zu 11.13 **Ergebnis der Variantenprüfung bezüglich Kosten einer einheitlichen Kitaelternbeitragsordnung 2021**
gemäß Beschluss: 20/SVV/0946

zu **Kosten einer einheitlichen Kitaelternbeitragsordnung 2021**
11.13.1 **Vorlage: 21/SVV/0598**
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Konsensliste – überwiesen in den Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss für Finanzen

zu 11.14 Vorlage des Prüfergebnisses bezüglich Steganlagen am Griebnitzsee gemäß Beschluss: 20/SVV/1138

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Heuer, erklärt, dass sich die Berichterstattung mit der Mitteilungsvorlage, **DS 21/SVV/0593**, zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.05.2021 und Hauptausschuss am 12.05.2021 **erledigt** hat.

zu 11.15 Bericht bezüglich Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes gemäß Beschluss: 20/SVV/1216

zu 11.15.1 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt Vorlage: 21/SVV/0684

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Konsensliste - überwiesen in den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit und für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 11.16 Berichterstattung zur Erfüllung der vertraglichen Zusagen zur Entwicklung des Konversionsprojektes Kasernengelände GRENZREGIMENT - 34 'Hanno Günther'- Waldsiedlung gemäß Beschluss: 21/SVV/0124

zu 11.16.1 Erfüllung der vertraglichen Zusagen zur Entwicklung des Konversionsprojektes Kasernengelände GRENZREGIMENT-34 "Hanno Günther" - Waldsiedlung Vorlage: 21/SVV/0533

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Konsensliste – überwiesen in den Ortsbeirat Groß Glienicke

zu 11.17 Stand über die Sicherung des Integrationsgartens gemäß Beschluss: 21/SVV/0190

zu 11.17.1 Sicherung des Intergrationsgartens Vorlage: 21/SVV/0643

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und in den Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service